

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.50 Reichsmark...

Der 'Vormärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt'...

Telegraphen-Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vormärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 21. Oktober 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Die Rheinländer bei der Regierung.

Fragen der Befahrung. - Sorgen der Bevölkerung.

Durch WTB. wird folgende Mitteilung herausgegeben: Auf Einladung der Reichsregierung fanden sich heute nachmittags...

Der 'Soz. Pressedienst' erfährt über den Fragenkomplex, der bei dieser Besprechung behandelt wurde...

Die Räumung der Kölner Zone ist zweifellos für die nächsten Wochen zu erwarten. Ihr endgültiger Termin hängt von der Entscheidung der Entlassungsfrage ab...

Es entspricht außerdem einer Zusage der alliierten Regierungsvertreter an die deutsche Delegation, wenn in Paris gleichzeitig auch über die Abänderung bestimmter Rheinland-Ordnungen...

In vielen Fällen dürfte das infolge bestimmter Bindungen der alliierten Behörden im Rheinland an die Instruktionen der Botschafterkonferenz nicht möglich sein...

Briands Konferenzbericht.

Paris, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der Diensttagung des Ministerrats hat Außenminister Briand Bericht über die Verhandlungen von Locarno...

In den Kommentaren der Abendblätter zu den Texten der Verträge findet die Zufriedenheit der französischen öffentl.

lichen Meinung mit dem Konferenzergebnis neuen Ausdruck. Der 'Paris Solr' bezeichnet als das wichtigste Ergebnis die Anerkennung des territorialen Status quo...

900 000 Nichtwähler.

Schon wieder Wahlen! Zwei Reichstagswahlen und eine Landtagswahl im vorigen Jahr, in diesem Frühjahr zweimal Präsidentschaftswahlen...

Das sind Gedanken, die zwar nicht den 'Vorwärts'-Lesern und -Leserinnen aufsteigen. Sie kennen die Bedeutung des Wahlrechts und sie verstehen die Wichtigkeit der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen...

2,5 Millionen Männer und Frauen waren wahlberechtigt. 1,7 Millionen haben gewählt. 0,9 Millionen haben nicht gewählt.

Ein Vergleich mit den Reichstags- und Präsidentschaftswahlen zeigt, daß bei diesen Wahlen die Wahlbeteiligung viel stärker war. Offenbar wurden die Stadtverordnetenwahlen für weniger wichtig gehalten...

In Berlin mit seiner nicht allzugroßen räumlichen Ausdehnung wohnen mehr Leute als in Norwegen, Dänemark, der Schweiz, Irland, Litauen, Lettland, Estland oder Finnland...

Kann das politische Geschick einer so großen Stadt, wie es Berlin ist, ihren Einwohnern gleichgültig sein? Größe und Bedeutung unserer Stadt fordern gebieterisch von allen Bürgern und Bürgerinnen die Ausübung ihres Wahlrechts...

Die Zusammenlegung der Stadtverordnetenversammlung ist für die Einwohner Berlins mindestens ebenso wichtig wie die der größeren Parlamente. Ueber zahllose Fragen, die Dinge des täglichen praktischen Lebens betreffen, wird durch die Stadtverordneten entschieden...

Es wäre beschämend, wenn auch bei dieser Wahl ein Drittel aller Wahlberechtigten interesselos abseits stände. Parteigenossen und Parteigenossinnen, tut eure Pflicht! Agitiert unter den Nichtwählern!

Erlämpft den Wahlsieg der Sozialdemokratie!

Zur Lage der Reichsfinanzen.

Die Ueberbelastung der Massen.

Von Paul Herz.

Die Uebersicht über die Einnahmen des Reichs an Steuern, Zöllen und Abgaben für das erste Halbjahr des Rechnungsjahres 1925 ist von besonderer Bedeutung. Denn durch diese Zahlen wird die heftig umstrittene Frage geklärt, ob das jüngst beschlossene Steuersystem eine Ueberbelastung der deutschen Volkswirtschaft enthält...

In der ersten Hälfte des laufenden Rechnungsjahres wurde ein Ueberschuß von 412 Millionen Mark gegenüber dem Voranschlag erzielt. In den einzelnen Monaten waren die Steuererträge verschieden hoch, am höchsten im Juli mit 713 Millionen, am niedrigsten im September mit 522 Millionen...

Von großer Bedeutung aber ist eine andere Erscheinung, nämlich der dauernde Rückgang der Besitzsteuern. Es brachten die Steuern auf:

Table with 6 columns: Monat, Einnahmen, Körperschaftsteuer, Vermögensteuer, Abgaben, Gesamtertrag. Rows for April, Mai, Juni, Juli, August, September, zusammen.

Die höchsten Erträge lieferte also der Monat Juli, dessen hohe Einnahmen an Einkommensteuer und Körperschaftsteuer sich aus den Abschlußzahlungen für das Jahr 1924 und den Quartalszahlungen ergeben...

Umgekehrt ist jedoch die Entwicklung bei den Massensteuern. Ihr Ertrag ist nicht nur stabil, sondern zeigt deutlich die Tendenz zum Steigen. Es erbrachten:

Table with 6 columns: Monat, Umsatzsteuer, Verbrauchsteuer, Zölle, Abgaben, Gesamtertrag. Rows for April, Mai, Juni, Juli, August, September, zusammen.

Der Ertrag der Zölle und der Verbrauchsabgaben sowie der Förderungssteuer ist also dauernd gestiegen. Auch der Ertrag der Umsatzsteuer in den Monaten Juli bis September ist etwas höher als in den Monaten April bis Juni. Bedinglich die Lohnsteuer weist einen Rückgang des Ertrages auf...

Vergleicht man die wirklichen Erträge der Steuern mit dem Voranschlag, so ergibt sich, daß das Reichsfinanzministerium den Ertrag sämtlicher Massensteuern unterschätzte, während es gleichzeitig den Ertrag der Besitzsteuern erheblich zu hoch angab. Es fällt außerordentlich schwer, dabei an einen Zufall zu glauben...

Welche Folgerungen ergeben sich aus den erwähnten Tatsachen?

Bereits die Entwicklung der Steuereinnahmen des Reichs im ersten Halbjahr des Rechnungsjahres 1925 hat zu einer Verschärfung des Steuerrechts geführt. Trotz der viel höheren Belastung durch die Lohnsteuer ist im Jahre 1924 der Anteil der Klassensteuern an den Gesamteinkommensteuern nie über 70 Proz. hinausgegangen. Jetzt dagegen ist er bereits auf 74 Proz. gestiegen. Also fast drei Viertel aller Einnahmen werden durch die Belastung des Arbeitseinkommens und des Verbrauchs der unteren Volksschichten aufgebracht, nur ein Viertel durch Steuern auf die übrigen Einkommen, Vermögen und Erbschaften. Und wenn diese Steuern auch im Einzelfall oft unangenehm und drückend empfunden werden mögen, als Gesamtheit des Besten sind sie nicht zu hoch, sondern zu niedrig. Eine bessere Berücksichtigung der Verhältnisse des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes, der klein- und mittelbäuerlichen Bevölkerung sowie weniger Entgegenkommen an die großen Steuerzahler würde die Klagen wesentlich eindämmen. Jetzt aber wird gerade den großen kapitalistischen Unternehmungen ein Entgegenkommen gewährt, das nichts anderes bedeutet als daß die ihnen fehlenden Betriebsmittel durch Erlass oder Stundung von Steuern aus der Reichskasse gewährt werden. Diese Beträge müssen also von den Nichtleistungsfähigen zu helfen! Zu einem allgemeinen Abbau der Besteuerung aber liegt keine Veranlassung vor. Die Einkommen- und Vermögenssteuern sind in Deutschland niedriger als im Auslande und rechtfertigen in keiner Weise die Ueberwertmarktpreise. Auch ohne Ermäßigung dieser Steuern ist das Verlangen nach Abbau der Preise volkswirtschaftlich berechtigt.

Dringend erforderlich aber ist eine erhebliche Ermäßigung der Lohnsteuer. Die bisherigen Senkungen dieser Steuer sind völlig ungenügend und durch die Preissteigerungen mehr als ausgeglichen. Am 1. Oktober ist überdies für viele Lohn- und Gehaltsempfänger mit der Neuregelung der Lohnsteuer sogar eine Erhöhung ihrer Steuerlast eingetreten. Nachdem überdies die Regierung alles tat, um die Lohnerhöhungen zu verhindern, trotzdem die Preise weiter stiegen, muß der Senkung des Reallohnes durch die Ermäßigung der Lohnsteuer entgegengetreten werden. Ferner ist mit fortschreitender Sanierung der Reichsfinanzen der Abbau der Umsatzsteuer anzustreben, nachdem sich erwiesen hat, daß die langsame und allmähliche Senkung keine Wirkung auf die Preisgestaltung ausgeübt hat.

Vor einigen Wochen hat der Reichsfinanzminister Schlieke erklärt, daß der Gesamteingang der Steuern im ganzen Rechnungsjahr den Voranschlag kaum erreichen werde. Auch der preussische Finanzminister Höpfer-Archoff hat diese Ansicht vertreten. Richtig ist sie aber durch diese Wiederholung dennoch nicht geworden. Beide Herren berufen sich darauf, daß die neuen Steuergesetze sich erst vom 1. Oktober ab voll auswirken werden. Das ist teilweise richtig. Die Ermäßigung des Tarifs der Vermögenssteuer wird ihren Ertrag sicherlich unter die geschätzten 500 Millionen herabdrücken. Auch bei der Körperschaftsteuer wird man mit einem geringeren Ertrage rechnen müssen, sofern die Begünstigung der Großunternehmungen höher gestellt wird als das Reichsinteresse. Anders aber ist es schon bei der Einkommensteuer der Veranlagungspflichtigen. Hier hängt viel von der Durchführung der Veranlagung der Landwirtschaft ab, die jetzt nach dem am 30. Juni endenden Wirtschaftsjahr besteuert wird. Deshalb sollte ein Minderertrag völlig ausgeschlossen sein, so daß nicht nur die aus der Einkommensteuer erwarteten 500 Millionen eingehen müssen, sondern noch mehr, zumal bereits in den ersten sechs Monaten 550 Millionen eingegangen sind. Die Befristungen zusammen werden also keinen wesentlichen Fehlbetrag aufweisen können.

Bei den Klassensteuern ist das sogar völlig ausge-

schlossen. Hier ist ein Ueberfluß absolut sicher. Das gilt in erster Linie von der Lohnsteuer. Die Bemerkung des preussischen Finanzministers, ihr Ertrag gehe ständig zurück, entbehrt jeder Berechtigung. Die Neuregelung ab 1. Oktober wird das Steigen des Ertrags der Lohnsteuer nicht aufhalten. Die Zölle und Verbrauchsabgaben dagegen werden noch wesentlich steigen. Lediglich die Umsatzsteuer wird infolge der Herabsetzung auf 1 Proz. sinken. Der hierdurch verursachte Ausfall wird im zweiten Halbjahr 1925 höchstens 215 Millionen betragen.

Gewiß sind alle derartigen Berechnungen Schätzungen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß sie zuverlässiger sind als die des Reichsfinanzministeriums, das sich dabei stets mehr von der Tendenz des Schüchternen als des Fortschrittlichen als von der Tendenz zur Sachlichkeit. Bei vorurteilsfreier Betrachtung der bisherigen Steuereinnahmen und ihrer voraussichtlichen weiteren Entwicklung im zweiten Halbjahr des Rechnungsjahres 1925 ergibt sich folgendes Gesamtbild:

Ueberfluß im 1. Halbjahr	412 Mill. M.
a) bei der Lohnsteuer	120 Mill. M.
b) bei der Vermögenssteuer	42 - - -
c) bei den Zöllen u. Verbrauchsabg.	250 - - -
Insgesamt: 814 Mill. M.	
Minderertrag der Umsatzsteuer	215 - - -
verbleibt ein Gesamtüberschuß von 629 Mill. M.	

Angeichts dieser Sachlage ist es die dringende Pflicht des Reichstags, sich alsbald mit der Senkung der Klassensteuern zu beschäftigen, zumal da die Gefahr besteht, daß die Mehrerträge der Steuern ungewollt verwendet werden.

Innerpolitische Komplikationen!

Der Reichslandbund hat Angst vor ihnen.

Die deutschnationale Presse hält es diesmal mit dem Grundgesetz, daß man niemals „Niemals!“ sagen soll. Zwar hat sie der Zweifel und Bedenken eine ganze Menge, aber sie ist zu vorsichtig, daraus den Schluß zu ziehen, daß deswegen alles abgelehnt werden müsse. Nur die „Deutsche Zeitung“ tobt weiter, indem sie aus Anlaß der französischen Ostertrüge verkündet, der Ring um Deutschland sei geschlossen, und das kleine Pastorenblättchen, der „Reichsbote“, nennt den Vertrag den „Hegenhammer von Locarno“, wobei die Frage offen bleibt, ob das Lob oder Tadel sein soll: denn der vom „Reichsbote“ vertretene Auffassung nach ist der „Hegenhammer“ doch wohl ein recht sympathisches Buch.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat es mit dem „Vorwärts“. Hätte der allem, was in den Verträgen steht, begeistert zugestimmt, so hätte sie gewiß gehunden, er halte es mit den Feinden. Da er, trotz grundsätzlicher Zustimmung, an Einzelheiten Kritik übt, kommt sie anders herum, nämlich so:

Wenn der „Vorwärts“, und gerade er, sich auf Zweifelspunkte, die noch der weiteren Klärung bedürfen, verbeißt und sie in einer den deutschen Interessen abträglichen Weise auslegt, so stellt er damit wieder einmal sein Parteiinteresse über das Allgemeinwohl, denn es ist ihm dabei nur darum zu tun, innerpolitische Komplikationen zu schaffen. Es wird auch weiterhin, abgesehen von der Frage der Rückwirkungen, sorgfältig zu prüfen sein, wie weit und mit welchem Gewicht sich aus dem in Locarno formulierten Zweifel und Bedenken erheben. Für diese Prüfung wird man sich auf der rechten aber schwerlich des „Vorwärts“ als Anwalt bedienen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ unterstellt uns damit die Absicht, den Deutschnationalen die Zustimmung zu dem Vertrag zu erschweren. Die Gereiztheit, mit der sie sich deshalb gegen uns wendet, ist überaus auffallend. Sie meint, wir wollten „innerpolitische Komplikationen“ schaffen, d. h. die Ablehnung des Vertrags durch die Deutschnationalen und damit die Zertrümmerung des Rechtsblocks herbeiführen. Solchen „innerpolitischen Komplikationen“ ist

das Organ des Reichslandbundes gänzlich abgeneigt. Das heißt: die mächtigste Interessentengruppe in der deutschnationalen Partei wünscht Anna hme, weil sonst die Vormachtstellung des Großgrundbesitzes in der Reichswirtschaftspolitik verloren gehen könnte.

Wir können der „Deutschen Tageszeitung“ zur Beruhigung versichern, daß uns die Annahme des Vertrages durch die Deutschnationalen mindestens ebenso angenehm ist wie die Ablehnung. Denn durch sie wird auch dem Mindesten klar werden, daß die nationale Phrase der Deutschnationalen nur ein Köder war, um das Volk in die Zollfalle zu locken.

Deutschland streicht seine Kriegsflagge.

Zur Lebendgeschichte einer Fälschung.

Zum eifernten Bestand unserer Gegner von rechts gehört die Behauptung, der „Vorwärts“ habe es während des Krieges als seinen Willen verkündet: Deutschland solle seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das lehiemal siegreich heimgebracht zu haben. Daraus wird gefolgert, daß der „Vorwärts“ und die von ihm vertretene Partei die Niederlage Deutschlands gemünscht hätten.

Wir haben dieses Jital, das sich jetzt auch pünktlich wieder in den Flugblättern der Volkspartei zu den Stadtverordnetenwahlen einstellt, schon längst als eine der gemeinsten Fälschungen nachgewiesen. Die ältesten Worte waren Ende Oktober 1918 geschrieben, d. h. zu einer Zeit, als die Niederlage Deutschlands schon besiegelt war, und sie stellten einen Appell an die Entente dar, Deutschland einen gerechten und menschlichen Frieden zu gewähren. Gerade weil es für Deutschland eine schwere Zumutung sei, seine Kriegsflagge für immer zu streichen, ohne das lehiemal siegreich heimgebracht zu haben, sei ein Frieden der Versöhnung notwendig, andernfalls würde in Deutschland der Revanchegedanke übermächtig werden.

Wir hätten daraus verzichtet, diesen Tatbestand noch einmal darzulegen — die Fälschung wird ja deswegen gewiß auch nicht aus der Welt verschwinden — wenn sich nicht gerade in diesem Augenblick eine interessante Ueberlegung einstellte. Durch den Vertrag von Locarno wird nämlich zur Tatsache, was der „Vorwärts“ damals als Ziel in Aussicht nahm: Deutschland verzichtet freiwillig durch Vertrag trotz seiner Niederlage auf den Revanchekrieg, „Deutschland streicht seine Kriegsflagge für immer, ohne sie das lehiemal siegreich heimgebracht zu haben“ — und das geschieht, genau sieben Jahre später durch eine Rechtsregierung, und die Rechtsparteien werden dazu ihre Zustimmung geben!

Reiniger Deutschlands.

Tannenzapf wegen Wuchers verurteilt.

Der berühmte Sensationszeuge im Barmat-Ausfluß Herr Tannenzapf, ist von einem peinlichen Malheur betroffen worden: Er wurde vor kurzem vom Amtsgericht Weidling wegen Zinswuchers an Stelle einer verurteilten Gefängnisstrafe auf Grund des Geldstrafengesetzes zu 2000 M. Geldstrafe verurteilt.

Herr Tannenzapf ist entschieden vom Reich verfolgt. Bereits in einer der letzten Ausschüßungen hatte Rechtsanwalt Dr. Reis, der Vertreter der Staatsbank in der Treuhandgesellschaft, mitgeteilt, daß Tannenzapf ihn am 1. März einer Unterredung in nicht mißzuverstehender Form um Erlass seiner hohen Auslagen gebeten hatte, die ihn angeblich aus seiner Entlassung seit erwachsen seien. Herr Dr. Reis hat das Ersuchen Tannenzapfs glatt abgelehnt, da er für Erlass von Auslagen nicht zuständig sei und offenbar auch nicht gewillt war, in dieser verkappten Form Herrn Tannenzapf für dessen Angaben zu honorieren.

Dies hat bisher nur der Chefredakteur der deutschnationalen „Vorkämpferzeitung“ fertig bekommen, Herr Dr. Deßloch, der an Tannenzapf für Auslagen 500 Mark in bar ausgezahlt hat.

Die Deutschnationalen haben an ihrem oligarchischen Schützling und Sensationszeugen wenig Freude erlebt.

Ein Herbstausflug.

Von Ernst Schermer.

Oran in Oran ist der Himmel, als wir von der Bahnstation ausbrechen, um einen Tag draußen zu verbringen. Nach dem Wetterbericht sollte es trocken bleiben, nach dem Aussehen der Luft kann es in einer Viertelstunde Windstöße regnen. — „Was was wollen wir?“ — „Dasselbe!“ — „Sehen uns die Welt einmal bei Regenwetter an.“

Ein von Knick eingeschlagener Sandweg nimmt uns auf. Aber die Büden bieten häufig genug schöne Ausblicke. Wir sind noch gar nicht weit gegangen, da huscht der erste Sonnenstrahl über die Flur. Da werden auch die Farben lebendig und beginnen zu leuchten, hellgelb die Holnbuche, bräunlich die Eiche, orange die Eiche und Scharlachrot die Brombeere und wilde Kirsche. Und mit den Blättern wetteifern die Früchte, die roten Beeren des Schneeballs und des Weißdorns, und die Hagebutten wollen alles übertreffen. Wie armseelig nehmen sich dagegen die verspäteten Blüten einiger Sommerblumen aus. Nur einzelne sind es, die sich schüchtern an den Grabenrand drücken oder an windgeschützten Stellen am Hange des Knick einsam verblühen.

Kerrr...! — Ein Volk Redhühner! — Mitten auf dem Wege waren sie. Wir wurden sie nicht gewahrt. So erbsähen ist ihr Kleid. Da lassen sie sich auf der Koppel nieder und — weg sind sie.

Über was steht denn dort? — Ein Rehbock — da auch ein Tier! Da noch eins. Wie gebannt verhoffen sie und äugen zu uns herüber. Ihr Gesicht ist schwarz, und ihr Geruchsinne läßt sie im Stiche, denn der Wind steht ab. Jetzt öfen sie ruhig weiter. Nur ein Tier schaut noch immer beunruhigt her. Ein Pfiff! — Wie sie die Köpfe hochwerfen! — Gefahr? — Alle Augen sind auf uns gerichtet. — Ein zweiter Pfiff! — Da gehen sie hin. In weiten Fluchten über den Säurgras und die Wiege zum Walde. Ein prächtiges Bild.

Da tauchen breite Strohdächer auf. Ein Dorf liegt vor uns. Wir durchqueren es. Raum ein Mensch läßt sich sehen. Alles ist draußen beim Kartoffelkammeln. Ein schönes Dorf! — Schade, daß ein paar städtisch gebaute Häuser es verschandeln. Selbstbewußt nehmen die zahlreichen Gänse unsere Lobsprüche entgegen, die nicht nur dem Dorfe, sondern auch ihnen gelten. Befriedigt schmälern die Dorfschönen ab.

Bergan geht es in den Wald hinein. Die mit glühenden Laustropfen bedeckten Zweige der Föhnen präbieren mit ihrem feischen Grün. Doch die leichtbewegten Birken wollen nicht zurückstehen und wiegen ihre goldgelben Blätter im Winde. Selbstbraunes Farnkraut breitet sich am Wege aus. Da sitzt ein Eichhörnchen über den Weg. Heiß geht es an der Buche empor und verbirgt sich im gebrotenen Laube.

Nun haben wir die Höhe erreicht, und frei schweift der Blick über die Fluren. Am Waldbrand ertönt die Stimme des einzigen

Sängers in dieser Zeit. Jaunfönlng ist es, der nuntere kleine Kerl, der keine Sorgen kennt und sich weder vom Herbst noch vom Winter unterliegen läßt. Rüh! — Der Eichhörnchen! — Er hat uns erst jetzt entdeckt und glaubt sich verpflichtet, uns den Bewohnern des Waldes melden zu müssen.

Wir schauen hinunter ins Tal. Unten liegt ein kleiner See, so windgeschützt, daß kein Luftzug das Wasser trüben. Auf der einen Seite spiegelt sich ein dunkler Erlebusch in der klaren Flut, auf der anderen Seite dehnen sich frischgrüne Weiden aus. Schneeweisse Hausenwolken ziehen darüber hin.

Hinunter ans Wasser! — Auf der Koppel, die wir überschreiten, treiben wir Stare auf. Eine dicke Schar fliebt davon. Auch am See ist der Herbst eingetret. Die Zeit der schönen Wasserpflanzen ist vorüber. Die Seerosen geben ihre Blätter preis und ziehen sich in ihre schuppigen Wurzelstöcke zurück. Der Froschlöb hat bereits seine Winterknospen angelegt, die am Boden den Frühling erwarten. Und die Tierwelt zieht sich in die Tiefe zurück, um den Gefahren des Einfrierens zu entgehen.

Da fährt ein Windstoß in den Erlebusch und führt abgeschüttelte Blätter spielend über die Wasseroberfläche. Eine Wolke schiebt sich langsam vor die Sonne. Wir fähnen die Herbstföhne und brechen auf.

Heimwärts geht es. Wohl dem, der eine warme Stube zu Hause findet.

Kellermanns „Wiedertäufer von Münster“

(Aufführung in Dessau.)

Es gibt Romane, die einen starken dramatischen Schwung haben, und es gibt Dramen, die in der Breite und Getragenheit ihrer Schilderung episch wirken. Die größte Gefahr, in romantischer Breite der Schilderung zu verfallen, läuft der Romancier, der den Schritt aus seinem eigenen Gebiet auf das ihm fremde der Dramatik tut; und auch Bernhard Kellermann, der alleseitig Bekannte und Geschätzte, ist dieser Gefahr in seinem „Wiedertäufer von Münster“ nicht entgangen. Trotzdem ist das Drama so stark, daß diese Unzulänglichkeiten überdrückt werden und es bei der Uraufführung in Dessau zu einem schönen Erfolg für den Dichter wurde. Die Handlung des Werkes spielt in der Zeit der Wiedertäuferbewegung in Münster; Mittelpunkt des Geschehens ist Johann von Senden, um dessen Wesen und Wirken häufig schon Streitfragen entstanden sind. Ist er der Fanatiker, der an seine Gottgelandtheit als zweiter Christus und Erlöser der Menschheit glaubt? Oder ist der willensstarke, suggestiv wirkende Spekulant, der sich die Wirren der damaligen Zeit zunutze machte, um in der Raste des Erlösers die Menschen zu seinen Füßen niederzuziehen? Kellermann macht einen Märtyrer aus ihm, der von reinem Feuer befeuert für seine Ideen und seine Erfüllung einer göttlichen Aufgabe an der leidenden Menschheit lebt und stirbt.

Die tragende Rolle des Johann wurde von dem begabten und ganz an das Werk hingeebenen Herrn Barthei gespielt, eine

gleichwertige Leistung der Knipperdolling des Herrn Eichhorn. Auch die kleineren Rollen waren durchweg gut besetzt, und man ist freudig überrascht zu sehen, über welche reichhaltigen und guten Schauspielermaterial des Dessauer Theater verfügt. Der Spielleiter, Herr Schoenfeld, hatte in den vielen Rollen, denen auf dem historisch-schönen Hintergrund der alten Bischofsstadt Münster Gelegenheit zu weitester Kraftentfaltung. Die große ihm gestellte Aufgabe gelang ausgezeichnet. Das Werk wurde vom Publikum mit größter Anteilnahme verfolgt, die sich zum Schluß in lebhaftem Beifall äußerte. Der Autor, der der Uraufführung beimohnte, Darsteller und Spielleiter wurden oft und lebhaft gerufen. W. B.

Schöne Gärten aller Zeiten. Man hätte gemünscht, daß Gartendirektor Besser, der zu diesem Thema im Rahmen der Humboldt-Hochschule sprach, den Stoff doch etwas begrenzter hätte. So gab es durch die wohlbestimmten Gartenstile einen anderthalbstündigen Film, dessen Ausbeute für die Hörer kaum größer war, als wenn sie dasselbe Thema im Bericht nachgelesen hätten. Und doch verteilten einzelne wie zufällig unterlaufende Worte, daß am Puls ein berufener Führer durch Gärten stand, der in weiser Beschränkung ein Thema über „Schöne Gärten“ überaus pfläglich hätte gestalten können. Schöne Gärten der Renaissance, schöne Gärten der Gegenwart, schöne Gärten nord- oder südeuropäischen Einschlags, schöne Gärten des Orients — hätte nicht schon eins dieser Themen reichen Stoff für 1½ Stunden geboten und dabei dem Redner erlaubt, statt eines trockenen Referats einen persönlichkeitsreichen Vortrag zu geben? Allzu auffällig wurde allerdings der Mangel wohl den wenigsten, da der Abend gleichzeitig von geschickt gewählten Lichtbildern ausgefüllt wurde, die neben Bekanntem manches Neue und Uebersehene zeigten; so das pittoreske Rosengärtchen des Schlosses Fürstentum, das mit seinen zahllosen Rosenrabatten und Springbrunnen wohl kaum einer der Hörer in Schloßen, weil eher im maurischen Spanien gesucht hätte. Tes.

Auch einer. Deshalb Joseph Otto Günther zu der Vorlesung aus seinen Werken im Vesting-Museum die Presse lud, ist nicht recht zu verstehen. Mag er sich aus der bereiten Familien-gewürzorgane ein Lorbeerfranzölein winden lassen! Wozu behält er die Deffentlichkeit mit seinem unfertigen, meist ganz inhaltslosen Geschreibsel? Nur zweimal, in „Nachtgestalten“ und „Der große Wurf“, fand er überhaupt eine Fühlung zu echten Problemen, ohne daß es ihm aber gelang — nach dem Gebotenen zu urteilen —, diese wirklich dichterisch zu gestalten. Auch seine Lyriken geben durchaus nichts originelles Empfundenes und sind auch formal nicht so beachtenswert, daß sie damit wenigstens über diesen Mangel hinwegsehen ließen. Alles in allem: ein verkorketer Abend, an den die Vortragende, Paula Fischer, ihre Begeisterung vergebens ver-schwendete.

In der Kunstausstellung „Der Sturm“, Vordamer Str. 124a, findet heute, abends 7½ Uhr, der dritte kunte Stummabend statt. Conferente: Rudolf Kellmer. Am Freitag, abds. 7½ Uhr, wird Wladimir A. Danilow, Künstler des Staatlichen Inbühnen in Lemingrad, einen Vortrag über „Das neue Theater in Sowjetrußland“ halten.

In der Galerie Neumann & Merendoff, Südweststr. 22, hält Paul W. Schmidt am heutigen Mittwoch, 24., abends, einen Vortrag: „Die Kunst verehlt den Menschen“, Glossen zum Kunstbetrieb.

Die Hege gegen Berlin.

Eine Ohrfeige für die Volkspartei.

Bei der Beratung der neuen Berliner Auslandsanleihe im städtischen Haushaltsausschuß ereignete sich gestern ein bezeichnender Zwischenfall. Der Rämmerer Dr. Karding beichtete über die Verhandlungen mit den Ausschüssen und erwähnte dabei die Schwierigkeiten, die der Genehmigung auch der allernotwendigsten Anleihen für Berlin durch die dauernde Hege gegen Berlin und seine Verwaltung bereit wären.

Dem Sinne nach führte Karding aus: Es lasse sich selbstverständlich bei einer so großen Stadt wie Berlin niemals vermeiden, daß einzelne Beschlüsse nicht von allen Seiten gebilligt würden, es sei aber sehr bedauerlich, wenn durch die dauernden Behauptungen von der angeblichen Verschwendung und dem Leichtsinn der Berliner Verwaltungswirtschaft immer wieder entgegen der Wahrheit der Eindruck erweckt werde, als wenn man in Berlin bei den notwendigen Entschlüssen nicht nach der Stufenleiter: nötig, nützlich, angenehm, sondern umgekehrt verfähre.

Die gewöhnlich brachte der Rämmerer diese seine treffenden Bemerkungen in absolut ruhiger und verbindlicher, wenn auch sehr bestimmter Form vor. Aber jeder im Saale fühlte, für wen die Darlegung bestimmt war. Sie galt dem arroganten und hochmütigen „Führer“ der Volkspartei, der sich einbildet, in der lächerlichsten Weise die ganze Versammlung dauernd schulmeistern zu können. Seine Photographie, oder vielmehr die Einbildung, die er von sich selber hat, ist am schönsten in der volksparteiischen Wahlzeitung getroffen, wo über ein Heer mehr oder minder idiotischer Zeitgenossen der „Mann mit dem weiten Bild“ um Hauptplacat hervortritt. Dieser „Mann mit dem weiten Bild“ und nicht zu verwechseln mit 15 Zentimeter hohem Stechtragen, ist der Herr Oberverwaltungsgerichtsrat a. D. Hans von Eynern, der „Führer“ der Volkspartei.

Die Ohrfeige hatte gefessen. Viel vor dem Versuche von Eynern, entrüstet darüber, daß der Rämmerer in die sachlichen Erörterungen „die Pollst“ hineinbrachte, das Wort zu einer Antwort zu nehmen. Aber er kam nicht dazu, denn er hatte sich mal wieder in eine so hoffnungslose Stellung hineingerannt, daß selbst seine eigenen Fraktionsgenossen ihn im Stich ließen und schließlich, wie schon so oft, die Fraktion der „Männer mit dem weiten Bild“ in zwei Hälften auseinander fiel. Welche dieser Hälften nun den „weiten Bild“ hatte und welche zu dem bedauerwerten Gewürm am Erdboden kriechender Blöden gehörte, das verdingen wir nicht zu entscheiden, das überlassen wir der volksparteiischen Fraktionsberatung.

Im übrigen war die Attade des Rämmerers, die offensichtlich aus gepreßtem Herzen kam, bezeichnend für den Kampf, der jeder, auch bürgerlichen Stadtverwaltung, durch das irrsinnige Gekröche der Industriellen über die angebliche Wirtschaft der Kommunen ausgezwungen wird. Mit der Volkspartei und ihrem „weiten Bild“ mühen die Geschäfte des Reichsverbandes der Industrie besorgt werden können, die Geschäfte Berlins werden durch sie nicht gefördert, sondern nur gehemmt!

Der Dolchstoß-Prozess.

Die alten Generale kennen nur „Eindrücke“, keine Tatsachen.

München, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Kläger Cohnmann und seine notariellischen Hintermänner erklären am zweiten Verhandlungstage im Münchener Dolchstoß-Prozess eine offene Niederlage. Die ersten drei ihrer Zeugen, außer alle Wärs, erklärten sich in allgemeinen Redensarten über längere Zeiträume und von niemandem befristete Dinge, durch die die Sozialdemokratie und ihre Führer in keiner Weise belastet werden konnten. Als diese Zeugen auf die präzise Frage des Verteidigers Hirschberg nach konkretem Tatsachenmaterial über die behauptete sozialdemokratische Vermittlung der Front antworten sollten, versagten sie völlig. Das war insbesondere bei dem General a. D. Hildebrandt, dem intimen Freunde Ludendorffs, der Fall, der, in die Ecke getrieben, sich schließlich mit dem Geständnis reiten mußte: „Ich bin kein Politiker, sondern reiner Militär, und rede hier überhaupt nicht von Tatsachen, sondern nur von Eindrücken.“ Interessant war auch, daß der Zeuge Major v. Roeder als Leiter der Spionage-Abwehrteilung im Kriege die von der DFD durch Ueberführung von Lenin-Trotski aus der Schweiz nach Rußland geförderte Volksgewissenspropaganda, die nach dem Frieden von Brest-Litowsk durch die russische Ordonnanz in Berlin betrieben wurde, glaubte, der Sozialdemokratie an die Rockschöße hängen zu können, dabei aber zugestand, daß die kaiserliche Regierung nicht den Mut hatte, durch Beschonung des Kuriergewädes des Generalen Joffe der riesenhaften Einfuhr von Antikriegsflugblättern aus dem Auslande einen Riegel vorzuschieben. Dieser Major v. Roeder machte seine Aussagen übrigens an Stelle des als Hauptzeugen benannten Obersten Nicolai, der seiner Vernehmung ausweichen ist, indem er sich durch Krankheit entschuldigte, ebenso wie Major a. D. Hildebrandt, an dessen Stelle unter letztem Widerspruch des Gerichts selbstherrlich sein Vater, General Hildebrandt, trat.

Aus dem Prozessverlauf am Dienstag, zu dem sich Oberst Schwerdtfeger als Sachverständiger eingestellt hatte, sei folgende Einzelheit mitgeteilt: Die Klägerspartei hatte telegraphisch unmittelbar Zeugen geladen, darunter die beiden Generale von Stein und Wisberg, die sich schon in Magdeburg Lorbeeran verdient hatten. Unter dem Widerspruch Hirschbergs lehnte aber der Vorsitzende die Vernehmung dieser unmittelbar geladenen Zeugen ab. Bei der Vernehmung des alten Hildebrandt ergab sich dieses interessante Frage- und Antwortspiel:

Hirschberg: Nach Annahme aller militärischer Sachverständigen, auch des von der Gegenpartei geladenen Generals von Stahl, war die Niederlage mit den Schlachten vom 7. August 1918 endgültig besiegelt und Sie glauben trotzdem, daß der Dolchstoß die Niederlage herbeigeführt hat?

Hildebrandt: Ich habe eine andere Auffassung; ich kann das nur nicht so mit Beweisen belegen.

Hirschberg: Wie erklärt sich der Zeuge, nachdem er sagt, daß die militärische Niederlage nur durch Unterwühlung der Front herbeigeführt wurde, die Tatsache, daß der Vertreter der Obersten Heeresleitung, Major von dem Busche, am 2. Oktober 1918 vor den Vertretern des Reichstags folgendes sagte hat:

„Unsere Truppe hat sich in überwiegender Zahl vorzüglich gehalten. Der alle Heilensinn ist nicht verloren gegangen. Die feindliche Hebermacht hat die Truppe nicht erschreckt. Trotzdem mußte die Oberste Heeresleitung den ungeheurer schwereren Entschluß fassen, der bekannt ist. Entscheidend für diesen Ausgang sind vor allem zwei Faktoren, einmal die Tanks und zweites entscheidend die Erschöpfung.“

Der Zeuge teilt also diesen Standpunkt der Obersten Heeresleitung mit?

Hildebrandt: Ich kann natürlich nicht sagen, nur die Unterwühlung hat die Niederlage herbeigeführt. Ich will nur sagen, daß sie mit dazu beigetragen hat.

Hirschberg: Wie erklärt sich der Zeuge, daß selbst Kronprinz Wilhelm an mehreren Stellen seines Buches ausdrücklich bezeugt, daß der Kampfeifer der Truppe noch im Jahre 1918 nicht verfallen war? Der Zeuge hat erklärt, daß die revolutionäre Unterwühlung vor allem den jungen Soldaten erfaßt hatte, daß dieser an die Front kam und dadurch die Front verfeuerte und auf diese Weise die Niederlage herbeigeführt worden ist.

Zeuge Hildebrandt: Dann mußte ich doch hervorheben, daß die jungen Soldaten überhaupt nicht mehr ausschlaggebend an der Front gewesen sind.

Hirschberg: Ja, wo ist denn dann der Dolchstoß wirksam geworden?

Hildebrandt: Der Dolchstoß hat dadurch eingesetzt, daß die Soldaten vorn an der Front die Waffen weggenommen und nicht mehr gekämpft haben.

Hirschberg: Nach dem Waffenstillstand!

Hildebrandt: Wenn die Truppe nicht verfeuert worden wäre durch den Einfluß der Sozialdemokratie, dann wäre es nach meiner Leberzeugung nie so weit gekommen und nie zu einem Waffenstillstand.

Hirschberg: Ist dem Zeugen bekannt, daß der „Vorwärts“ als erste deutsche Zeitung am 26. Oktober 1918 zum nationalen Widerstand aufgerufen hat, und wie erklärt er den Widerspruch mit seiner eisdichten Aussage, daß die Sozialdemokratie die Massen mit Unzufriedenheit erfüllt hat?

Hildebrandt: Das vom „Vorwärts“ weiß ich nicht. Ich kann mich nach sieben Jahren nicht mehr an Einzelheiten erinnern.

Hirschberg: Der Zeuge hat den sozialdemokratischen Agitatoren auch vorgeworfen, daß sie sich gegen Anzeigen gewandt haben. Erklärt der Zeuge auch hierin heute noch einen Vorwurf?

Hildebrandt: Ich habe nur gesagt, daß die Sozialdemokratie ausgesprochen hat: Wir wollen einen Verständigungsfrieden! Und der war nach meiner Meinung undenkbar. So wurde bei uns eine solche Stimmung hervorgerufen.

Hirschberg: Ist dem Zeugen nicht bekannt, daß für diesen schlappen Frieden außer den Sozialdemokraten auch andere große Parteien des Volkes eingetreten sind?

Hildebrandt: Ich bin nicht Politiker. Ich bin reiner Militär. Ich rede nur von Eindrücken, die ich während meiner Tätigkeit als Soldat im Saarland gewonnen habe.

Nach diesen Zeugnisaussagen beschloß sich der Kläger Cohnmann mit Jlitoten aus den Antidolchstoßkritikern Röstlers und versuchte an der Hand einer Schrift von Castein nachzuweisen, daß die DFD während des Krieges niemals auf dem Boden der Landesverteidigung gestanden habe. — Mittwoch Weiterverhandlung.

Das Memelland wählt deutsch.

Noch nicht 10 Proz. litauische Stimmen, aber litauisches Stimmgebiet!

Memel, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der Stadt Memel haben erhalten: Sozialdemokratie 2049 Stimmen, Memelländische Volkspartei 12186, Kommunisten 1139, Memell. Landwirtschaftspartei 202, die litauischen Parteien und kleineren Splittergruppen insgesamt 521 Stimmen! Die Sozialdemokratie hat in der Stadt Memel gegenüber der letzten Wahl einen Rückgang zu verzeichnen. Dies beruht in erster Linie darauf, daß über 1000 organisierte Parteigenossen infolge Option nach Deutschland abgewandert sind. Dann hatte die Memelländische Volkspartei einen ausgedehnten Schlepperdienst mit Fuhrwerken und Automobilen eingerichtet, wodurch sich viele Indifferente für diese Partei gewinnen ließen. Die Kommunisten haben über 60 Proz. ihrer Stimmzahl verloren. In dem zweitgrößten Ort Hendelburg wurden 444 sozialdemokratische und 1447 Stimmen für die Volkspartei abgegeben. Die anderen Parteien mußten sich jede mit weniger als 100 Stimmen begnügen. Volkspartei, Landwirtschaftspartei und Sozialdemokraten, die alle drei eine Einheitsfront bilden, haben nach der bisherigen Fählung zusammen 20326 Stimmen erhalten. Ihnen stehen nur 2046 Stimmen der litauischen Splitterparteien gegenüber. Auf dem Lande hat unsere Partei wesentliche Fortschritte gemacht, was jedes neue Dorfresultat bestätigt. Die litauischen Parteien im Stimmgebiet bleiben in einer absoluten Minderheit und die Wahl ist zu gleicher Zeit ein Erfolg für die Volksabschlussummung, die feinerzeit, als das Memelland durch litauischen Dusch annerkntet wurde, von der Enzente nicht getrennt werden ist. Damit sind die Memelländer für die Erhaltung der memelländischen Kultur, die überwiegend deutsche Trüge trägt, eingetretet. Von der litauischen Verwaltung des Gebietes sind bisher Wahlergebnisse nicht zu erhalten. Sie hat sich nicht die Mühe gemacht, auch nur Teilergebnisse festzustellen, so daß das amtliche Ergebnis nicht vor 8—14 Tagen zu erwarten ist. Die bisher errechneten Zahlen beruhen auf den Feststellungen der Parteizentralen und der Zeitungen.

Die Wahllokale waren auf dem Lande so gefüllt, daß viele Wähler bis zu 26 Kilometern hin und zurück zur Wahlurne laufen mußten! Da gerade in der Nacht vor dem Wahltag starker Schneefall eingesetzt hatte, ist das Wahlergebnis auch dadurch teilweise beeinflusst worden. Immerhin ist die außerordentlich große Wahlbeteiligung ein Beweis dafür, daß die Memelländer mit der bisherigen Verwaltung des Gebietes nicht zufrieden sind.

Der Lemberger Prozess.

Der wahre Täter nach Preußen geküchtet.

Auf die Anfrage des Senats nach, ob sich der eigentliche Täter des Lemberger Attentats auf den polnischen Staatspräsidenten in Deutschland aufhalte und daß das Verfahren gegen den angeblichen Täter zu einem zweiten Dreyfus-Prozess zu werden drohe, hat der preussische Innenminister folgende Antwort erteilt:

„Am 3. Oktober 1924 nachmittags wurde der Student Theophil Diszanski, ukrainischer Staatsangehöriger, wegen unbefugten Grenzübertritts durch Beamte des Polizeiamts Benthien (Obererschlesien) festgenommen und eingeliefert. Bei seiner polizeilichen Vernehmung am gleichen Tage hat D. erklärt und durch eigenhändige Namensunterschrift bestätigt, daß er aus Polen geflüchtet sei, weil er vor einigen Wochen an einem Freitag nachmittag gegen 8 Uhr ein Attentat auf den polnischen Staatspräsidenten Wajszekowski in Lemberg verübt habe. Er habe auf dem Mariatschplatz in Lemberg vorbeifahrenden Staatspräsidenten eine Bombe geworfen. Den Auftrag hierzu habe er von der ukrainischen Organisation (Ukrainso-Wischkawa-Organisation) erhalten. Gleichzeitig machte D. genaue Angaben über eine Reihe von Personen, die ihm bei seiner Flucht aus Polen behilflich gewesen seien. Bei seiner gerichtlichen Vernehmung hat D. in der öffentlichen Sitzung des Amtsgerichts Benthien am 4. Oktober 1924 diese Angaben vor dem Richter wiederholt. Das Gericht hat sein Geständnis für glaubhaft erachtet und D. wegen unbefugter Grenzüberschreitung zu einer Gefängnisstrafe von 2 Wochen und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. Es wurde ihm Strafaussetzung bis zum 1. Oktober 1926 unter der Bedingung gewährt, daß er alsbald eine Geldbuße von 30 RM bezahle. Bei der Bemessung der Strafe hat das Gericht als strafmildernd berücksichtigt: „Seine Jugend, sein Beständnis, ferner daß er durch Vorlegung von Ausweispapieren seine Person glaubhaft ausgewiesen habe, und daß er ein politischer Flüchtling sei.“ Diszanski hat sich am 13. Oktober 1924 in Berlin unter Vorlage einer Bescheinigung des Amtsgerichts Benthien des Inhalts, daß er politischer Flüchtling sei, ordnungsgemäß angemeldet. Seine Berliner Adresse hat er alsbald dem Amts-

gericht Benthien mitgeteilt. Am 2. September 1925 hat D. sich von Berlin nach Marienburg abgemeldet. Von Marienburg ist er wieder nach Berlin abgemeldet, ohne jedoch bisher in seine frühere Wohnung zurückgekehrt zu sein. Die Ermittlungen nach seinem gegenwärtigen Aufenthaltsort sind noch nicht abgeschlossen.

Ob der vorstehend geschilderte Sachverhalt zur Kenntnis der zuständigen polnischen Behörden gebracht worden ist, ist gegenwärtig nach Gegenstand von Ermittlungen. Unabhängig davon habe ich im Hinblick auf das in der Anfrage erwähnte Verfahren gegen den Studenten Steiger in Lemberg das Auswärtige Amt gebeten, den geschilderten Sachverhalt mit tunlichster Beschleunigung zur Kenntnis der zuständigen polnischen Dienststellen zu bringen.“

Hermine im Bad.

Kaiserliches aus der Republik.

Die „Kaiserin“ Hermine ist bekanntlich zur großen Freude aller Hoflieferanten und Unterthanen stolz in Wildbad als „Kaiserin und Königin“ in der Kurliste verewigt worden. Auch ein „Hofphotograph“, Karl Blementhal in Wildbad, hat eine Postkarte „Kaiserin Hermine in Bad Wildbad 1925“ verbreitet, was nicht gut ohne die Zustimmung der abgebildeten Majestät geschehen konnte.

Nun hat die Republikanische Beschwerdestelle, wie die Stuttgarter „Sonntagszeitung“ meldet, bei der Polizeiverwaltung in Wildbad Strafantrag gegen Frau Hermine, Prinzessin von Preußen, gestellt, weil sie sich in unrechtmäßiger Weise Titel zugelegt habe (Strafgesetzbuch § 360 Absatz 8). Der Antrag wurde von dort an das Oberamt Neuenbürg weitergegeben. Dieses lehnte eine Weitergabe der Strafanzeige an die Amtsverwaltung ab. Die Republikanische Beschwerdestelle stellte nunmehr direkt Strafantrag beim Oberstaatsanwalt in Tübingen. Auch er lehnte die Eröffnung eines Verfahrens ab, weil — die Angelegenheit inzwischen durch die Verschleppung der republikanischen Behörden verfahren war!

Bemerkenswert an dem amtlichen Mas ist vor allem, daß die Staatsverwaltung die Frau des schuldig gewordenen Kaisers als „Hermine, Gemahlin Seiner Majestät Wilhelms II., ehemaligen Kaisers, König von Preußen“ bezeichnet. Auch gegen diese Titulierung einer Privatperson mit der Hoheit „Seiner Majestät“, die lediglich einen regierenden Landesoberhaupt vorbehalten war, wurde beim württembergischen Justizministerium Beschwerde eingelegt.

Der belgische Stabilisierungsplan.

Er wird der sozialistischen Kritik angepaßt.

Brüssel, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Stabilisierungsplan der Regierung ist offenbar sehr wesentlich geändert worden, um der Kritik der sozialistischen Partei und vor allem des Arbeitsministers Genossen Wauers Rechnung zu tragen. Die Änderungen dürften so groß sein, daß von der Stabilisierungsaktion des Finanzministers überhaupt abgesehen wird. Es soll versucht werden, den belgischen Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen und, statt eine Auslandsanleihe aufzunehmen, soll ein frei verfügbarer Fonds, zu dem man aber nur in Notfällen und vornehmlich nicht vor nächstem Frühjahr greifen wird, geschaffen werden. Die Durchführung dieser Pläne würde vermutlich genügen, den Kurs des belgischen Franken zu halten und ihn vom französischen unabhängig zu machen.

Locarno und die Feinde Vandereldes.

Eine Anzahl belgischer Wähler haben noch in den letzten Tagen, als der Vertragsabschluss in Locarno bereits feststand, Verwägungen gegen Deutschland erhoben, daß es Frankreich und Belgien doch wieder überfallen würde. Besonders tut sich das Blatt „XX Siecle“ („Das 20. Jahrhundert“) in der Richtung hervor — jene belgische Zeitung, die „das Blatt der sieben Köpfe“ genannt wird, weil Gleiches das Blatt machen. Aber vom Geist von Locarno, wie von dem der christlichen Nächstenliebe ist in dieser Orga, die sich in Wohlweis gegen den sozialistischen Außenminister Vanderelde richtet, keine Spur zu erblicken.

Wälderbund erst im Januar.

Genf, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Wälderbund wird nicht im Dezember, sondern erst Mitte Januar eine außerordentliche Sitzung abhalten, in welcher der Eintritt Deutschlands in den Wälderbund auf der Tagesordnung steht.

Griechisch-bulgarische Grenzklämpfe.

Paris, 20. Oktober. (WIB.) Neues berichtet aus Saloniki: Der Stab des 3. Armeekorps veröffentlicht folgende Nachricht: Gestern haben reguläre bulgarische Streitkräfte überraschend griechische Posten in der Gegend von Demir-Capu angegriffen. Ein griechischer Offizier, der als Parlamentär die weiße Fahne trug, ist durch die bulgarischen militärischen Einheiten getötet worden. Der Zwischenfall ist über einen einfachen Grenzkonflikt hinausgewachsen. Der Kampf ist heute vormittag von Seiten der Bulgaren wieder aufgenommen. Von Seiten der Griechen sind Maßnahmen getroffen, um der Lage zu begegnen.

Zum Rischinewer Prozess.

Die Gesellschaft der Bessaraber in Deutschland schreibt uns zu dem letzten veröffentlichten Artikel: Der Rischinewer (Lator Bunar) statt und der Dnjestr ist so weit von Lator Bunar entfernt, daß eine postkammerische Post vom Dnjestr aus niemals Lator Bunar erreichen könnte. Denn sie wäre lange vorher von rumänischen Truppen vernichtet worden. Schuldig an dem Mordverbrechen in Lator Bunar ist einzig und allein die rumänische Regierung. Wir betonen das, nicht um die Kommunisten zu begünstigen, sondern um eine unangebrachte Entlastung der rumänischen Regierung zu verhindern.

Landgerichtsdirektor Wessel in Kienstein hatte seinerzeit eine Mitteilung an die Rektoren der dortigen Schulen gerichtet, in dem den Rektoren nahe gelegt wurde, ihre Schulen bei der Vergütung des „Kronprinzens“ erziehen zu lassen. Die das preussische Justizministerium mittels, wird deshalb gegen Wessel disziplinarisch vorgegangen.

Rumänen, Südslowen, Bulgaren und Griechenland haben ihre Vertreter nach Vnacoza entsandt, um dort eine Konferenz zur Beilegung der Differenzen auf dem Balkan zustande zu bringen.

Verhaftung Die weiteren Lesern bereits selbst aufgezogen sein wird, findet sich in dem gestern morgen veröffentlichten Text des „Mährinpaltes“ eine Mitteilung. Sie beruht auf einem Parteiprotokoll. Es muß im Artikel 8 heißen: es verhaften sich Kronreich und Belgien sowie Deutschland und Frankreich (nicht „Frankreich, Polen, Litawen, Tschechoslowakei“).

Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaften und Wahlen.

Warum die Gewerkschaften für die Sozialdemokratie eintreten.

Der Aufruf des Vorstandes des Ortsausschusses Berlin des ADGB, am kommenden Sonntag den Kandidaten der Sozialdemokratie ihre Stimme zu geben, ist der SPD. auf die Herzen gefallen. Die „Rote Fahne“ schreibt dazu insbesondere:

„Der Ortsausschuß Berlin des ADGB. steht mit diesem Aufruf nur die Linie fort, die er und die freigewerkschaftliche Spitzenorganisation bei den Wahlen der letzten Jahre eingeschlagen haben. Der Aufruf bekräftigt, daß die Führer der freien Gewerkschaften in ihrer großen Mehrheit die Gewerkschaften als Ausführungsorgane der sozialdemokratischen Politik benutzen. Die reformistischen Führer legen sich hohnlächelnd über die Tatsache hinweg, daß 90 Prozent der freien Gewerkschafter keine Sozialdemokraten sind. Die reformistischen Führer, die in den letzten Jahren unter dem Schlagwort der parteipolitischen Neutralität einen Kreuzzug gegen die Kommunisten veranstalteten und dadurch die Gewerkschaften an den Rand des Abgrundes führten, beweisen erneut, welchen Wert Verbandsratsbeschlüsse haben, wenn sie von den Führern durchgeführt werden sollen.“

Der ADGB-Ortsausschuß Berlin erließ auch vor vier Jahren, anlässlich der letzten Stadtverordnetenwahl, einen Aufruf. Damals hüteten sich die Saboteur und Genossen wohlweislich, ausschließlich für die SPD. Propaganda zu machen. Es wäre ihnen auch schlecht bekommen. Nachdem der größte Teil des freigewerkschaftlichen Funktionärskörpers durch Wahregelung und Hinauswurf kommunistenrein gemacht ist, erlaubt man sich eine derartige Propaganda der Mehrheit der Mitglieder.“

Zunächst eine kleine Berichtigung. Daß der größte Teil des freigewerkschaftlichen Funktionärskörpers kommunistenrein ist, stimmt. Da die Funktionäre aber von den Mitgliedern gewählt werden und diese Wahl in keiner Weise der Bestätigung durch andere Verbändeinstanzen unterliegt, so zeigt diese Tatsache allein, daß die „Wahregelung“ und der „Hinauswurf“ von den Mitgliedern vorgenommen wurde, sofern die Funktionäre nicht von sich aus vorzogen, der SPD. den Rücken zu kehren. Damit ist auch die Behauptung, daß 90 Prozent der Mitglieder keine Sozialdemokraten seien, ins rechte Licht gerückt. Der „Roten Fahne“ ist da offenbar eine Verwechslung mit ihrer eigenen Partei unterlaufen.

Auf der gleichen Linie liegt die Behauptung, die Führer der freien Gewerkschaften benutzen die Gewerkschaften als Ausführungsorgane der sozialdemokratischen Politik. Die sozialdemokratische Politik wird von den Organen der sozialdemokratischen Partei durchgeführt. Die Gewerkschaften beschränken sich durchaus folgerichtig auf die Durchführung ihrer eigenen Aufgaben. So wenig die sozialdemokratische Partei sich einmengt in die Aufgaben der Gewerkschaften, sich stets enthält, diesen etwa Vorschriften zu machen über die Führung der Lohnkämpfe usw., ebenso enthalten sich die Gewerkschaften, sich in die inneren Parteiangelegenheiten einzumischen.

Es kommt aber selbstverständlich sehr häufig vor, daß die Gewerkschaften bezüglich der Ausgestaltung der Sozialgesetzgebung usw. bestimmte Forderungen und Wünsche haben. Es entspricht der Tradition der sozialdemokratischen Partei, daß sie diese Forderungen und Wünsche der Gewerkschaften zu den ihren macht und sich bemüht, sie zu verwirklichen. Das geht so weit, daß die Partei bereits bei der Kandidatenaufstellung darauf Rücksicht nimmt. Auch für die bevorstehende Stadtverordnetenwahl sind von der Partei eminente Vertreter der freien Gewerkschaften an aussichtsreicher Stelle aufgestellt worden, und zwar gerade die verantwortungsvollen und sachkundigen Gewerkschaftsführer. Man wäre viel eher berechtigt, zu behaupten, daß die Gewerkschaften es verstanden haben, die sozialdemokratische Partei zum ausführenden Organ der Gewerkschaftspolitik zu machen, wenn eine derartige Behauptung nicht eine Selbstverständlichkeit ausprüche.

Und das ist der große Unterschied zwischen der Stellung, die wir gegenüber den Gewerkschaften einnehmen und der der SPD. Diese will sich der Gewerkschaften bemächtigen, sie zum Hilfsorgan der russischen Politik machen. Wir dagegen sind bemüht, die Forderungen und Kämpfe der Gewerkschaften zu unterstützen. Die SPD. ist bemüht, sie zu durchkreuzen. Es gibt keinen Gewerkschaftskampf, es gibt keine Aktion, bei der die SPD. nicht verliert, die Unorganisierten und die Mitglieder gegen die Gewerkschaften aufzuheben.

Diese Tatsachen, die nicht von heute und gestern sind, haben es mit sich gebracht, daß die Gewerkschaften die SPD. als ihre natürliche Gegnerin betrachten, daß sie dagegen die sozialdemokratische Partei als ihre natürliche Vertretung ansehen. Wenn die Gewerkschaften nach vor einigen Jahren bemüht waren, auch die SPD. als Vertreterin der Interessen der Gewerkschaften gelten zu lassen, so sind sie durch die SPD. selbst davon geheilt worden. Diese allein hat es sich zuschreiben lassen, daß alle freien Gewerkschafter heute uneingeschränkt anerkennen, daß nur die Sozialdemokratie jederzeit rückhaltlos die Forderungen der Gewerkschaften vertritt.

Noch kein Streik in den städtischen Werken.

Neue Verhandlungen angebahnt.

Am Donnerstag nachmittag verhandelt der Schlichtungsausschuß über die Differenzen zwischen den Kammerearbeitern und dem Berliner Magistrat. Nachdem Vorbesprechungen über eine Beilegung der Differenzen in den Gas- und Wasserwerken ergeben haben, daß eine Grundlage hierzu gefunden werden kann, soll versucht werden, im Anschluß an erlittene Verhandlungen, auch im Lohnstreik der Gas- und Wasserwerksarbeiter zu einer Einigung zu kommen.

Eine Proklamation des Streikbeginns dürfte also schlimmstenfalls nicht vor Donnerstagabend erfolgen.

Inwiefern die Mahnung des Reichsfinanzministers v. Schiller am gestrigen Tage, die Gemeinden mühten durch strengste Sparsamkeit den städtischen und persönlichen Ausgabenbedarf so stark wie möglich einschränken, das Verhalten des Berliner Magistrats in diesem Lohnstreik beeinflusst, wird sich zeigen. Bei dem bisherigen Verhalten des Magistrats hätte es für ihn nicht erst der Auffrischung der bekannten Parole bedurft. Immerhin ist bezeichnend, daß sie erneuert wird, trotzdem ihr Stützpunkt des Preisabbaues inzwischen zusammengebrochen ist.

„Unlautere Geschäftspraktiken“.

Mit dieser Aufschrift versehen, hatten wir in Nr. 180 des „Vorwärts“ dem Bericht einer Gewerkschaft Raum gegeben, der die Entschädigung der Zigarren- und Zigarettenverkäufer in größeren Gastwirtschaftsbetrieben betraf. Von der Firma Rudolf Jahn, die den Tabakwarenvertrieb in verschiedenen Lokalen gepachtet hat, war behauptet worden, daß von den 10 Proz. Bedienungsgeld, die auf den Verkaufspreis aufgeschlagen werden, die Angestellten nur 6 Proz. bekämen, während der Pächter 4 Proz. in seine Tasche steckte. Diese Behauptung erwies sich als falsch, weshalb wir in Nr. 191 eine entsprechende Berichtigung brachten. Trotzdem strengte Herr Jahn Privatklage gegen den Redakteur Friedrich Eychorn an. In dem Termin vom 29. September kam es zu folgendem Vergleich:

„Parteien vergleichen sich vor Eintritt in die Hauptverhandlung wie folgt: Der Privatbetroffene erklärt, daß er die in dem Artikel Nr. 180 des „Vorwärts“ vom 17. April 1925 unter der Überschrift: „Unlautere Geschäftspraktiken“ gegen die Firma Rudolf Jahn erhobenen Vorwürfe nach eingehender Prüfung nicht aufrecht erhalten könne und bedauere, daß diese Vorwürfe in den erwähnten Artikel aufgenommen sind. Der Privatbetroffene übernimmt die Kosten des Verfahrens und das außergerichtliche Honorar des kaiserlichen Anwalts in Höhe von 150 Rmk., das an Stelle der gesetzlichen Gebühren tritt. Die Privatklage wird zurückgenommen. Der Privatbetroffene verpflichtet sich, den Tenor des Vergleiches in einer der nächsten Nummern des „Vorwärts“ zu veröffentlichen.“

Aus der russischen Gewerkschaftspraxis.

(RED.) Die Grundlage einer jeden gesunden Gewerkschaftsbewegung ist die Demokratie, der Aufbau der Organisation von unten nach oben, die Verantwortung der gewählten Organe der Bewegung vor der organisierten Arbeiterschaft, der eigentlichen Trägerin der Bewegung. Auf dem Papier sind die Gewerkschaften auch in Rußland demokratisch aufgebaut, in Wirklichkeit jedoch herrscht auch in den Gewerkschaften, wie überall im Lande, das autoritäre Regiment.

Dies kommt u. a. in den willkürlichen „Versehungungen“ der gewählten Gewerkschaftsfunktionäre durch die übergeordneten Organe zum Ausdruck, die wir an der Hand eines Artikels des Sekretärs der russischen Gewerkschaftszentrale Melnikowsky („Trud“ vom 15. August) vor kurzem geschildert haben. Die Ausführungen Melnikowskys gingen durch die deutsche Arbeiterpresse und wurden u. a. auch im „Vorwärts“ (Nr. 414) abgedruckt. Jetzt sucht Melnikowsky in der „Roten Fahne“ vom 27. und 29. September seine früheren nicht für den deutschen Leser bestimmten Ausführungen zu entkräften. Daß er dabei auf den „Vorwärts“ in größter Weise schimpft, braucht nicht ernst genommen zu werden: Die Lage Melnikowskys ist in der Tat recht heikel und da braucht man sich nicht zu wundern, daß er die Fassung verliert. Wichtiger ist, was Melnikowsky zur Sache selbst zu sagen hat.

Die Versehungungen — so führt er aus — werden in lokaler Form durchgeführt und bilden überhaupt eine sehr seltene Erscheinung: „Zur Charakteristik der Zahl der Versehungungen weise ich darauf hin, daß in den 23 Industrieverbänden, die in den 90 Bezirken 1400 Gewerkschaftsteilnehmungen haben, im letzten Jahre im ganzen 80 Personen zur Versehung vorgeschlagen wurden, tatsächlich wurden aber nur 80 versehrt.“

So schreibt Melnikowsky jetzt. Ganz anders aber lauteten seine Ausführungen im „Trud“ vom 15. August:

„In fast allen Zentral- und Gouvernementsinstanzen der Gewerkschaften ist man mit den Versehungungen beschäftigt, fast jeden Tag werden Leute versehrt, ganze Ruders von Gewerkschaftsfunktionären werden periodisch von einem Ort zum anderen geworfen“, so daß „Sorglosigkeit und Verantwortungslosigkeit gegenüber den zu erfüllenden Funktionen wie auch den Wählern“ gelehrt wird. So hieß es in dem Artikel im „Trud“; und dies alles soll wegen der 80 in lokaler Form durchgeführten Versehungungen geschrieben sein? Selbst die gutgläubigsten Leser der „Roten Fahne“ werden das wohl nicht glauben und unseren Lesern können wir das bestimmt nicht zumuten.

Daß die gewählten Funktionäre versehrt werden und durch Kooptation sich und Stimme in den Organen erlangen, in die sie nicht gewählt worden sind, will Melnikowsky besonders energisch bekämpfen: „Unsere Gewerkschaftsbewegung ließ vom ersten Tage ihrer Entwicklung an das Prinzip der Kooptation nicht zu. Es gibt bei uns keinen einzelnen Fall, wo ein Arbeiter als Vorstandsmitglied, Mitglied des Betriebsrates oder eines anderen Verbandsorgans, das beschließende Stimmrecht hat, nicht gewählt worden wäre.“

„Reinen einzigen Fall?“ Aber, bitte. Da liegt vor uns der letzte Informationsbrief des Allrussischen Gewerkschaftsrates (Nr. 7, Beilage zum „Trud“ vom 18. Juli). Darin heißt es wörtlich:

„Das Wahlprinzip wird auch durch die völlig unzulässige Praxis der Ergänzung der Betriebsräte durch Kooptation durchbrochen. Dem Allrussischen Zentralen Gewerkschaftsrat sind Fälle bekannt, wo selbst die Leiter der Betriebsräte durch Kooptation herangezogen wurden, ohne daß die Kooptation in der Versammlung der Belegschaft oder in der Delegiertenversammlung bekräftigt wurde.“

Kann nach alledem noch ein Zweifel bestehen, daß — wie Melnikowsky schreibt — der „Vorwärts“ „ein Fallschpieler“ sei, „der mit gefälschten Karten in der Hand erwischt wurde“?

Unternehmerkampf gegen Sozialpolitik.

Solingen, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Firma August Thyssen in Hamborn hat am Sonnabend 600 Arbeitern gekündigt und alle Bauarbeiten einstellen lassen, wodurch weitere 400 Arbeiter brütlos geworden sind. Hierzu gab die Verwaltung des Thyssen-Konzerns jetzt eine außerordentlich provozierende Erklärung. Sie behauptet, kein anderes Mittel zu kennen, um über die ungünstige Wirtschaftslage hinwegzukommen, als Arbeiterentlassungen, nachdem Reich, Staat und Gemeinden ihre Aufgabe darin sahen, durch dauernde soziale Belastungen die Industrien völlig zu ruinieren. Unter solchen Umständen müsse die Wirtschaft sich selbst helfen. Die Firma Thyssen droht wiederholt, keinen Betrieb mehr aufrecht zu erhalten, der Verlust bringe und kündigt einen weiteren Abbau an.

Die Firma Thyssen hat sich bisher schon immer durch besonderes unsoziales Verhalten gegen ihre Arbeiter ausgezeichnet. Obwohl ihre Inhaber sich auf ihren katholischen Glauben viel zugute tun und in der Zentrumspartei eine erhebliche Rolle spielen, lehzt die Firma jetzt rücksichtslos den Nützlichkeitsstandpunkt heraus und sagt jeder sozialen Politik offen den Kampf an.

Noch unverhüllt läßt das Vorgehen der Hamborner Werke auf der Concordia-Hütte in Bendorf a. Rh. die Routine der Arbeiterentlassungen erkennen. Auf der Concordia-Hütte wurde am Montag der letzte Hofhofen ausgeblasen, weil die Arbeiterhaft nicht bereit war, auf die ihr gesetzlich zustehende Achtstundenschicht zu verzichten. Es handelt sich also um eine direkte Sabotage der Arbeitszeitverordnung für Hüttenbetriebe. Die Unternehmer bekämpfen diese, indem sie in geeigneten Fällen ihre Arbeiter einfach entlassen.

Hamborn, 20. Oktober. (M.T.B.) Am 1. November wird auf den Thyssen-Werken weiteren 1000 Bergleuten zum 15. November gekündigt werden. Die Einschränkungen werden zum größten Teil auf den Zechen Wehlosen in Balfum und Lobberg in Dinslaken vorgenommen werden.

Gemeinschaftlichkeit der Stillelegungen.

Bochum, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Infolge der Auswirkungen der Stilllegung der Doppel-Schachtanlage Nordflern in Horst, durch die 4425 Arbeiter und Beamte zur Entlassung gekommen sind, von denen 3350 in Horst wohnen, steht die Gemeinde Horst vor dem finanziellen Zusammenbruch. Ueber ein Sechstel der Horster Bevölkerung lebt von Erwerbslosenunterstützung. Die Erwerbslosenfürsorge umfaßt gegenwärtig 1402 Hauptunterstützungsempfänger mit 3945 Angehörigen. Die Gemeinde Horst ist eine reine Bergarbeitergemeinde. Ueber 80 Proz. der Bevölkerung gehören dem Bergarbeiterstande an. Das Rechnungsjahr 1925 weist ein ungedecktes Defizit von über 413 000 M. auf. Die Gemeindeverwaltung hat Schritte zur Einleitung einer Hilfsaktion der Staatsregierung unternehmen. Falls diese Hilfsaktion nicht zustande kommt, ist es fraglich, ob die Gemeinde Horst ihren Verpflichtungen weiter nachkommen kann. Schon jetzt kann die Gemeinde die vom Wohlfahrtsministerium genehmigten Kostensätze nicht ausführen lassen.

Schiedspruch für die Metallindustrie Hagen-Schwelm.

Dortmund, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In den Gemeinschaftlichkeiten der Metallindustrie des Bezirks Hagen-Schwelm wurde folgender Schiedspruch gefällt:

I. 1. Das bisher bestehende Arbeitszeitabkommen gemäß Schiedspruch vom 12. Februar 1924 wird mit der Maßgabe verlängert, daß die in Ziffer 1 vorgesehene wöchentliche Arbeitszeit von 37 auf 38 Stunden festgesetzt wird. 2. Diese Regelung kann mit monatlicher Frist erstmalig zum 31. Mai 1926 gekündigt werden.

II. 1. Der Rahmenvertrag einschließlich Urlaubsabkommen mit der Maßgabe wieder in Kraft gesetzt, daß dem Urlaubsabkommen folgende Einteilung gegeben wird: Der Urlaubsanspruch der Arbeiter bildet einen Bestandteil seines Lohnes, den er an jedem Arbeitstage des Urlaubsjahres zu einem Bruchteil verdient. Die Urlaubsgewährung erfolgt unter Fortzahlung des im letzten ergangenen Monat erzielten arbeitstäglichen Durchschnittsverdienstes. 2. Diese Regelung kann mit monatlicher Frist gekündigt werden, erstmalig zum 31. Mai 1926.

III. Das Lohnabkommen laut Schiedspruch vom 10. März 1925 wird wieder in Kraft gesetzt. Für sämtliche Schiedsprüche ist eine Erklärungsfrist bis zum 26. Oktober 1925 festgelegt.

Die Schaufmacherei der Hohenlimburger.

Dortmund, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die vom Schlichter für Westfalen, Reichskommissar Mellich, angelegten Einigungsverhandlungen zur Beilegung des Lohnstreiks in der Hohenlimburger Metallindustrie sind gescheitert, da die Arbeitgeber sich geweigert haben, an den Lohnverhandlungen teilzunehmen. Der Schlichter für Westfalen hat für heute, Mittwoch, neue Verhandlungen anberaumt.

Der australische Seemannsstreik geht weiter.

London, 20. Oktober. (M.T.B.) Wie aus Sydney gemeldet wird, sind die Einigungsverhandlungen im australischen Seemannsstreik gescheitert, da die Arbeitervertreter zu ihnen nicht erscheinen wollen, solange noch ein Streikender im Gefängnis festgehalten wird.

Für Hausangestellte in Geschäfts- und Industriehäusern wurden durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses die Lohnsätze ab 11. Oktober durchschnittlich um 10 Proz. erhöht. Der Schiedspruch wurde am 17. Oktober vom Schlichter für verbindlich erklärt. Tarifabzüge sind im Bureau des Deutschen Vorarbeiterverbandes (Sektion VII des Deutschen Verkehrsverbundes) Berlin W. 62, Bahnhauptstraße 31 und Engelauer 24/25, Zimmer 82, gegen Vorlegung des Mitteilungsbuches zu haben.

Musikantenarbeiten. Maren, Donnerstag, nachmittags 3 Uhr in der „Neuen Welt“, Solenbeite 108/111, im Gartenhof Bruchenerklosterung oder in der Industrie beschäftigten Musikanten. 1. Das Ergebnis der Bestreuer-Verhandlungen. 2. Entschädigung über Streik und Arbeit. Zutritt haben nur Mitglieder des Deutschen Solarbeitervereins unter Vorlegung des Mitteilungsbuches. Die Ortsverwaltung.

Unternehmensrat des Ortsausschusses des ADGB, Berlin, 17. Bernau-Landkreis. Die zu wahren vom Einzelhandelsrat des 17. Bernau-Landkreises, L. v. Schulz, einberufenen Betriebsparlamenten sämtlicher Betriebe Nienbergers ist nicht vom Ortsausschuß einberufen. Wir erlauben deshalb, dies als Veranlassung zu meiden.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Walter Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Salara; Revolution: A. A. Müller; Politik und Contingent: Felix Kersch; Anzeigen: H. Glöde; sämtlich in Berlin. Berlin: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Musikaufträge überläßt man nur dem Nachweis des Deutschen Musikerverbandes, Berlin O 27, Unter den Eichen 21 (Telefon 4310, 4048) Geschäftszeit 9 bis 5, Sonntag 10 bis 2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch

immer ein guter Wurf

MAGGI'S

Fleischbrühe-Würfel

zur sofortigen Herstellung einer schmackhaften Fleischbrühe

Würfel 4 Pfg.

Sozialistische Großstadtverwaltung.



Eine mustergültige städtische Wohnhausanlage in Wien.

Die Sozialdemokratische Partei spannt alle Kräfte an, um eine arbeitskräftige Mehrheit im Stadtparlament der Reichshauptstadt zu erzielen. Was in zäher Kleinarbeit eine sozialistische Gemeindeverwaltung erreichen kann, zeigen die Leistungen der sozialdemokratischen Stadtverwaltung Wiens, der zweitgrößten Stadt der künftigen großdeutschen Republik. Fester Zusammenhalt der Arbeiterschaft, der Männer und Frauen des arbeitenden Volkes, ohne die ungeliebte Zerspaltung der deutschen Arbeiterbewegung, haben in Wien ein Werk sozialer Gemeindepolitik geschaffen, das selbst dem Gegner Achtung, dem Gleichgesinnten freudige Begeisterung einflößt.

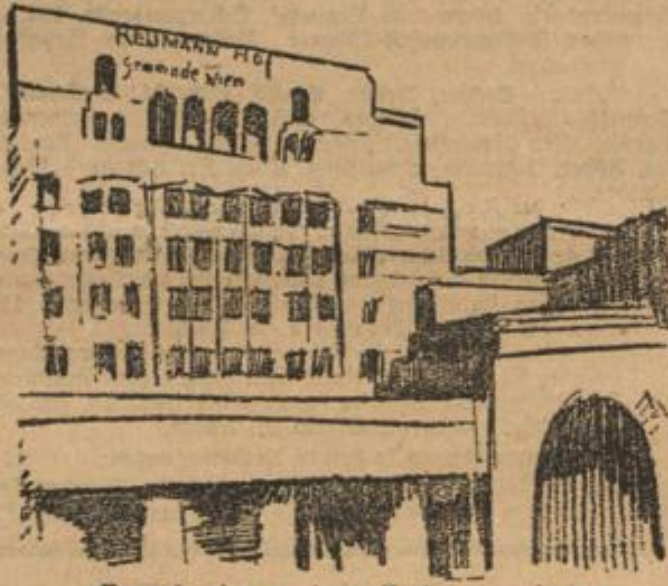
Das sozialistische Wien.

Die Voraussetzungen für das große Werk liegen beschaffen in erster Linie in der glänzenden politischen Organisation der Wiener Arbeiterschaft. Die Stadt Wien hat 1,8 Millionen Einwohner. Unter diesen sind 186 000 männliche und 80 000 weibliche Mitglieder der Sozialdemokratie. Jeder fünfte männliche und jeder zwölfte weibliche Wiener Bürger ist organisierter Sozialdemokrat. In Wien wählen 55 Proz. der Wähler sozialdemokratisch; von der männlichen abstimmenden Bevölkerung 57,5 Proz., von der weiblichen 53 Proz. Da amtsführende Stadträte in Wien nur Angehörige der Mehrheit sein können, ist die eigentliche Stadtregierung rein sozialdemokratisch, dergleichen ist der Bürgermeister Sozialdemokrat. Als die Sozialdemokraten die Verwaltung übernahmen, richteten sie ihr Hauptaugenmerk sofort auf das während des Krieges gänzlich vernachlässigte Wohlfahrtswesen, das vom üblen Geist höchmütigen Almosengebens beherrscht war. Hilfe war dringend notwendig, die Sterblichkeit hatte gegen die Vorkriegszeit um 60 Proz. zugenommen, bei den Kindern sogar um 100 Proz.!

Jugendfürsorge.

Im Mittelpunkt der Wiener Fürsorgetätigkeit steht die Fürsorge für die junge Generation. Jede werdende Mutter kann sich spätestens im vierten Monat der Schwangerschaft im Jugendamt melden, um Rat und Hilfe in Anspruch zu nehmen. 15 Mütterberatungsstellen stehen zur Untersuchung und gesundheitlichen Unterweisung zur Verfügung.

fürung. Das Jugendamt gewährt eine kleine Geldunterstützung für den ersten Monat nach der Entbindung, Rechtshilfe und alle erforderlichen Erleichterungen. Zu jeder Wöchnerin wird eine Fürsorgerin geschickt, um sie zu beraten und gegebenenfalls zu unterstützen. Besonders bedürftige Mütter bekommen eine Säuglingsausstattung. Das Jugendamt ist Generalspormund für alle unehelichen Kinder, besorgt die Einreihung der Minderen, gewährt Vorschuße, überwacht die Kinderziehstellen und leistet Sachbeihilfen. An sieben Stellen finden von Fachärzten Beratungsgstunden für Eltern und Pflegerinnen schwererziehbarer Kinder statt. 57 städtische Kindergärten stehen gegen geringes oder gar kein Entgelt geöffnet. Dort wird den



Fassade einer anderen Wohnhausanlage.

Kindern für 1,45 Mark wöchentlich, für Bedürftige umsonst, Frühstück und Mittagessen auf Wunsch der Eltern gegeben. Der Jugendpflege dienen ferner 15 städtische Horte, 70 öffentliche Schülerpeisungen, Ferienheime und Tageserholungsstätten, Wanderherbergen, Spielplätze mit sachkundigen Spielleitern, Eislaufplätze, Kinderreißbäder usw., alles dies zum Teil oder ganz unentgeltlich. Ergänzt wird dies System durch städtische Jugendfürsorgeanstalten, wobei besondere Anstalten für Säuglinge und größere Kinder vorgesehen sind. Außerdem gibt es Heilanstalten für kranke, Waisenhäuser für gefährdete und zwei eigene Anstalten für besonders verwahrloste und schwer erziehbare Kinder, in denen sie nach den Ergebnissen der neuesten Seelenforschung erzogen werden; Lehrwerkstätten und eine Landwirtschaft sind ihnen angeschlossen. Ergänzt wird dieser gewaltige Apparat durch eine Haushaltungsschule, eine Frauengewerbeschule und eine Unterkunftsstelle für ehemalige städtische Pflinglinge während ihrer gewerblichen Ausbildung. Neuerdings ist ein großes, wundervoll eingerichtetes Aufnahmeheim für Kinder hinzugekommen, in welchem sie einige Wochen bis zu ihrer endgültigen Unterbringung bleiben.

Zur Heranbildung des zahlreichen Personals dienen ein zweijähriger Jugendfürsorgekursus, ein zweijähriger Kindergärtnerinnenkursus und Fortbildungskurse.

Erwachsenenfürsorge.

An die Jugendfürsorge schließt sich eine umfangreiche Fürsorgetätigkeit für Erwachsene. Ihre Bedeutung ist darum so groß, weil es eine Alters- und Invalidenversicherung in Österreich nicht gibt. Auch ist die Arbeitslosigkeit in Wien noch enorm. Die Stadt leistet Erhaltungsbeträge, Mietausschüsse, Geldauschüsse, Sachauschüsse, Krankenbeihilfe und Wärmestuben. In 12 Heimen sucht man den alten Leuten den Lebensabend so angenehm wie möglich zu gestalten. Pfleglinge führen die Kontrolle, und die Sterblichkeit ist unter das Vorkriegsmaß heruntergedrückt. Im Dachstuhlheim finden einzelne und ganze Familien vorübergehend Unterkunft. Auch auf dem Gebiet der Gesundheitspflege wird viel geleistet. Gegen die Tuberkulose ist ein wahrer Feldzug eröffnet, — etwa 5000 Kranke wurden 1924 in Anstalten untergebracht. In die Alpen und an die Adria verschickt die Stadt tuberkulöse Kinder. Lungenkranke und Krüppeln wird ebenfalls durch Behandlung und Versorgung von Brothesen geholfen. Schwächliche Hebrlinge und Schulenkollern werden gemeinsam mit den Krankenkassen auf vierwöchigen Erholungsurlaub in die Heime geschickt. In Krankenanstalten besitzt die Stadt ein mustergültiges Krankenhaus mit 1000 Betten, Kinderhospital, die früher von Stützungen erhalten wurden, ein städtisches Entbindungshaus und zwei große Anstalten für Geistes- und Nervenkranken. Überall werden die geistlichen Ordensschwestern allmählich durch weltliche Pflegerinnen ersetzt. Für sie soll eine Schule mit zweijähriger Ausbildung errichtet werden. Dem Gesundheitsdienst ist angeschlossen die Eheberatungsstelle, die von dem Genossen Dr. Karl Rautsky jr. geleitet wird. Wir berichteten vor kurzem über ihre Arbeit. Ein Berufsberatungsamts, das ebenfalls von vielen Tausenden aufgesucht wird, gibt ärztliche und berufstechnische Ratschläge vor der Berufswahl.

Das Schulwesen.

Die größte Sorgfalt widmet Wien seinem Schulwesen. Den gewaltigen Schülerrückgang nach dem Kriege demützte es nicht zum Vehrerabbau, sondern betradtete es als günstige Voraussetzung für seine Pläne, daß die Durchschnittszahl einer Klasse von 47 auf 29 heruntergegangen ist. Mit frischem Mut wurde das große Werk der Schulreform in Angriff genommen. An die Stelle der Verniskule ist die Arbeitsschule getreten. Der Übergang zur Einheitschule ist angebahnt mit der Schaffung von sechs allgemeinen Mittelschulen, bestehend aus vierjähriger Grundschule und vierjähriger Mittelschule. Klassen für langsam arbeitende Schüler und Nachholstunden sind eingerichtet worden, für schwerhörige und kurzfristige Kinder ist besondere Vorjorge getroffen. Das Gesamtziel bilden Sonderkurse für begabte Kinder, und Begabtenkurse für Musik, Sprachen, Werkunterricht, Chemie, Physik usw. Die Stadt gibt für jedes Kind jährlich 252 Mark aus! Was hier die Verwaltung geleistet hat, kann erst ganz begriffen werden, wenn man sich gegenwärtig, daß die Lehrerschaft dem Gedanken der Schulreform zunächst zum großen Teil feindlich gegenüberstand. Ohne Zwang,

Das unbegreifliche Ich.

65] Geschichte einer Jugend.
Roman von Tom Kristensen.

(Berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von F. E. Vogel.)

„Was stieren Sie so, nehmen Sie doch die Augen weg!“ schrie ich.

„Dam wurde rot und stand auf; doch ich ging in den Korridor hinaus, ergriff meinen Hut und stieg die Treppe hinunter.“

„Ich hörte eilige Schritte hinter mir. Sie waren kurz und leicht. Das mußte Richard Dam sein.“

„Ich tastete an der Haustür herum und konnte sie nicht aufbekommen.“

„Na, Sie sind also noch nicht ausgerückt, Genie,“ sagte er, „das ist schön, ich möchte Sie gern begleiten.“

„Das ist Bergewaltigung!“ rief ich. „Alles ist Bergewaltigung, das ganze Leben! Samuelsen vergewaltigt die Religion — Klara vergewaltigt die Liebe — Raavad vergewaltigt die Kunst. Zu Hilfe! Ich schreie! Alle vergewaltigen mich. Ich kann nicht mehr! Ich schreie!“

Und ich bekam einen Weintrampf.

15.

Waldemar sah auf den Stufen, die zu einem der Gebäude des Sommerpalastes führten und betrachtete einen seltsamen, löchrigen Stein, der auf einem kunstvollen Sockel stand.

„Warum steht der dort?“ fragte er den chinesischen Führer.

„Schön! Schöner Stein! Wir Chinesen lieben schöne Steine!“ antwortete der Führer und lächelte überlegen.

Waldemar fuhr fort, den Stein anzustieren und seine Phantasie fing an zu arbeiten und glitt durch die Löcher aus und ein und auf und ab an den knolligen Formen; er versuchte ihn zu verstehen, er spielte in Gedanken mit ihm und entdeckte neue Bahnen über den Stein, ständig neue. Er stellte sich einen Regentropfen vor, der über ihn herunterfloß; er konnte an dieser Rinne entlanglaufen und nach rechts abbiegen; aber konnte ebenso leicht nach links fliehen und in eins der Löcher niederfallen.

Und Waldemar dachte an seine Jugend, die er auch zu verstehen gesucht hatte, indem er sie niederschrieb. In dem einen Augenblicke glaubte er eine Bahn zu erkennen; doch im nächsten Moment sah er viele Rinnen, viele Vertiefungen,

viele Löcher. Er entdeckte Löcher, die er bis jetzt übersehen hatte. Er entdeckte Vertiefungen, die er unbewußt vergrößert und andere, die er verkleinert hatte und er wußte nicht, was Wahrheit und was Dichtung war.

Wie ein solcher Stein stand sein Leben vor ihm. Die Chinesen nannten einen solchen Stein schön. Er konnte fortfahren zu starren, und wenn er recht genau starrte, zeigten sich neue Bahnen. Den Weg war er auch gegangen, und die Bahn hatte er auch eingeschlagen. Seine Vergangenheit bildete einen ungeheuren Block, und der Block hatte tausend Formen.

Dann stand er auf und setzte seinen Weg an dem Sommerpalast und dem Lotussee entlang fort, und die Farben aller Gebäude leuchteten klar und kühl in dem milden Frühlingswetter.

Draußen wartete das Auto, das ihn nach Peking zurückbringen sollte. Er hatte nur Urlaub für wenige Tage.

Morgen ging der Zug weiter nach Norden mit ihm, nach Norden in die Mandchurei nach Charbin hinaus, einer Stadt, wo er bloß fünf Jahre lang bleiben sollte, einer zufälligen Station auf dem Heimweg.

Wie lange ich bei Richard Dam wohnte? Ich weiß es nicht. Ich zählte die Tage nicht. Jede Stunde war ein Kampf mit mir selbst, um Boden unter den Füßen zu fühlen, um glauben zu können, daß ich ein Mäler wäre.

In den Nächten, wo die Luft um mich herum vom Fieber meiner Gedanken trocken wurde, erdichtete ich eine neue Spur durch meine Vergangenheit. Alles andere räumte ich bei Seite, die Religion, die Liebe, den Kampf mit den Menschen, alles schaufelte ich fort, um die neue Spur aufzudecken. Ich sah an einem Fenster und zeichnete Blumen und Modellschönheiten mit langen Beinen, einmal vor langer Zeit in meiner fernsten Vergangenheit. Ich sah bei Remy und sah seine Bilder an. Ich betrachtete den Deldrud mit dem Hasen und dem Mann, der sich bewegen konnte, wenn ich lange genug darauf starrte. Ich zeichnete Karikaturen von meinen Klassenkameraden. Waren nicht alle diese Erlebnisse in mir hochgestiegen, als ich draußen bei Raavad angefangen hatte seinen Kopf zu malen? Hatte ich es nicht deshalb an jenem Abend wie die Kränkung eines Heiligstums gefühlt und aufgeschrien?

Ich wohnte umsonst bei Richard Dam. Er war der Sohn eines Fabrikanten, aber er wohnte nicht bei seinen Eltern. Ich wurde mir nie darüber klar, was der Grund dazu wäre, und Richard Dam erwähnte nie mit einer Silbe seine Eltern; doch er mußte Geld von zu Hause bekommen, denn er wohnte in

einer Dreizimmerwohnung und war nicht besonders fleißig in seinen kunsthistorischen Studien.

Er war freundlich und nett zu mir und gab mir Essen und Obdach und Wein und Farben; doch geht hin ich mir klar darüber, daß er nicht an mich als Künstler glaubte. Damals dachte ich es, obgleich er sich stets geschickt davon drückte, meine Bilder zu beurteilen. Er redete mir zum Verkauf zu, und half mir häufig, Kunden zu finden; doch wenn sie gegangen waren, klopfte er mich jedesmal auf die Schultern und lächelte, als ob er mir Glück zu dem gelungenen Schwindel wünschte. Er sagte dahingegen niemals etwas Direktes.

Ich ahne nur dunkel den Grund, weshalb er mich bei sich wohnen ließ.

In seinem eigenen Zimmer hatte er zwei Stilleben von Raavad hängen und dann die Landschaft mit den blauen Bäumen, die er sich bei Börgefen eingetauscht hatte. Seine Stimme zitterte vor innerer Befriedigung, wenn er von dem Handel oder von den Bildern sprach.

„Sieh mal, der Teil des Bildes, der ist verteuert gut gemalt. Ein bißchen mehr Abklärung, ein bißchen mehr Sonne, so wird er gut!“ sagte er und sah zu der Landschaft mit den Bäumen hinauf.

Ich verzog den Mund.

„Du kannst Raavad nicht leiden,“ fuhr er lächelnd fort. „Seine Gedanken müssen auch so gewaltsam hochstürmen, wie die Wellen gegen eine Klippe. Seine Gehirnschale ist unerhört massiv, möchte man meinen. Das war übrigens ein glänzender Ausdruck, den du da auf ihn anwandtest: Bergewaltigung! Direkt Bergewaltigung!“

Darauf steckte er sich eine Zigarette an.

„Du solltest sehen, etwas von seiner Brutalität, mit der er alles Ueberflüssige wegwirft, zu lernen; dann würdest du nicht mehr so empfindlich sein. Aber darüber haben wir ja schon so oft gesprochen, und du willst dich ja nicht von diesem Gewebe aus Christentum und Theosophie trennen. Der Zigarrenroller da, Salomonsen, hieh er nicht so? hat dir einen schlechten Dienst erwiesen, indem er dich damit vollgestopft hat.“

Ich lehnte mich mit herrschaftlichen Bewegungen in den weichen Stuhl zurück. Ich hatte gelernt, nachlässig dazuliegen.

„Es kann schon möglich sein, daß du recht hast; aber wie soll ich denn das Ganze verstehen? Den Sinn, du?“

Richard lächelte überlegen.

(Fortsetzung folgt.)

durch Kurse und Arbeitsgemeinschaften, wurde sie dafür gewonnen. Ein Pädagogisches Institut und eine Pädagogische Zentralschule größten Stils wurden eingerichtet, sie werden von den Fachleuten der ganzen Welt besucht. Unterstützt wurde das neuzeitliche Erziehungsmerk durch die rege Teilnahme der Elternschaft an Elternvereinigungen der Schulen. Sämtliche Lernmittel werden unentgeltlich geliefert. An den Mittelschulen sind im vorigen Schuljahr Schulgemeinden, d. h. die Mitbestimmung der Schüler in allen Schulanangelegenheiten, von der äußeren organisatorischen Gestaltung bis zur Erhebung von Disziplinarfällen, eingeführt. Das Fortbildungswesen ist gleichfalls wesentlich verbessert worden. Der Unterricht ist am Tage, und jede Schule hat für jedes Fach gut ausgestattete Lehrwerkstätten. Schularzte, Sport- und zwei Lehrungsheime für Bedürftige sorgen für das leibliche Wohl der Schüler. Auch an den Fortbildungsschulen haben sich Schulgemeinden vortrefflich bewährt. Der Bau eines neuen großen Fortbildungsschulgebäudes ist geplant. Das Endziel ist, die Schüler dort, ohne Meisterlehre, völlig für ihr Fach auszubilden, wie dies für die Uhrmacher bereits erreicht ist.

Das Wohnungswesen.

Ein weiteres Gebiet gemeindlicher Fürsorge bildet das Wohnungswesen. Österreich hat unter allen Staaten den radikalsten Mietenbeschränkung. Der Hausbesitzer bekommt seine Miete in Papierfronen, was auf eine Entleerung des Hausbestandes hinausläuft. Auch der Gehalt für Betriebskosten und Instandhaltung ist außerordentlich niedrig gehalten. Infolgedessen ist die ganze private Bauwirtschaft unrentabel, was der Stadt die größten Verpflichtungen hinsichtlich eigenen Neubaus von Wohnhäusern auferlegt.

Die Wiener Stadterverwaltung griff mit einer umfassenden Propaganda für die Wohnbaufrage ein, die von allen Parteien für den Neubau von Wohnungen geteilt werden muß. Die Gemeinde gab ihrerseits noch Mittel dazu; so wurden 1923 bereits 5000 Wohnungen, 1924 rund 6000 Wohnungen von der Stadt gebaut. Das Bauprogramm für die nächsten Jahre sieht etwa 20 000 neue Wohnungen vor, so daß man binnen einiger Jahre den gesamten Wohnungsbedarf der Bevölkerung zu decken hofft. Die städtischen Wohnungen sind gesund, luftig und hell gebaut. Während früher fast alle Wiener Mietwohnungen ohne eigene Wasserleitung und Abort waren, ist dies auch bei den neuesten Wohnungen vorgesehen. In den großen Anlagen befinden sich große Ansenhaltungsräume, Höfe und Gärten für die Kinder, Badegelegenheiten, eine maschinelle Dampfwäscherei mit Trocknungsanlagen und elektrisch betriebener Wäschemangel. Einen weiteren Schritt zur Rationalisierung und Entlastung des Haushaltes bedeutet die Errichtung eines großen Einfaßhauses.

Neben der Wohnungsfürsorge hat die Wiener Stadterverwaltung auch die sonstigen, einer modernen Großstadt gestellten technischen Aufgaben angegriffen und mit der österreichischen Schlamperie energisch aufgeräumt. Pflasterung, Säuberung und Beleuchtung der Straßen werden nach amerikanischem Vorbild betrieben, das eine von der Stadt entsandte Ingenieurkommission auf ihren Auslandsreisen studiert hatte. In einem Arbeiterbezirk wird die größte Badeanlage Europas gebaut. Wasserversorgung, Straßenbahn, Gas- und Elektrizitätswerke, alles wurde bedeutend ausgebaut, verbessert und verbilligt. Rund 100 000 neue Abnehmer für Gas und 230 000 neue Abnehmer für Elektrizität wurden in den letzten Jahren gewonnen. — Die sozialdemokratische Verwaltung hat diese Bärme- und Beleuchtungsquellen überhaupt erst den breiten Massen zugänglich gemacht.

So sehen wir, wie es eine vom neuen Geist echter Menschlichkeit besetzte Verwaltung verstanden hat, aus dem Verwaltungsapparat der Gemeinde, der gar zu oft dem Besitzinteresse der herrschenden Klassen dienbar gemacht wurde, ein wahrhaftiges Gemeinwesen zu schaffen, das den einzelnen von der Wiege bis zum Grabe sorgend betreut und damit zu einer Angelegenheit aller geworden ist. Zwar kann die neue Wirtschaftsform des Sozialismus nicht von Rathhäusern aus dekretiert werden, aber unendlich vieles kann von dort aus im Geiste der neuen Zeit aufgebaut werden, wie es das glänzende Beispiel von Wien beweist, das alle Zweifelsenden und Entmutigten zu neuen Taten aufrufen will.

Die Technik der Stadtwahlen.

In manchen Beziehungen unterscheidet sich die Technik der Berliner Stadtverordnetenwahlen von der der Reichstagswahlen. Bei der Reichstagswahl steht die Zahl von 60 000 Stimmen für ein Mandat fest, bei der Stadtverordnetenwahl entscheidet der Wahlquotient. Zur näheren Erklärung dieses Begriffes sei bemerkt:

Die Zahl der zu wählenden Stadtverordneten beträgt 225, diese Zahl wird in die Gesamtsumme der abgegebenen Stimmen geteilt, das Resultat ist dann der Wahlquotient. Nehmen wir an, 2 250 000 Stimmen seien bei der Wahl abgegeben worden, dann wird diese Summe durch 225, die Zahl der zu wählenden Abgeordneten, geteilt. Das Resultat wäre in diesem Falle 10 000. Das heißt auf 10 000 Stimmen entfällt ein Mandat. Natürlich liegt die Zahl in Wirklichkeit etwas höher, denn Berlin verfügt über 2 600 000 Wähler. Der Vorgang vollzieht sich nun derart: Die einzelnen Wahlbezirke geben die Zahl der bei ihnen abgegebenen Stimmen zum Rathaus durch, auf dem die Gesamtsumme der Stimmen festgestellt und der Wahlquotient errechnet wird. Sofort nachdem die rechnerische Feststellung erfolgt ist, wird das Resultat den einzelnen Wahlbezirken bekanntgegeben, die nun ihrerseits die Mandate, die auf ihren Bezirk entfallen, feststellen. Bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen gehen fast keine Stimmen verloren. Sagen wir einmal, eine Partei hätte in einem Bezirk 48 000 Stimmen erhalten, ferner der Wahlquotient sei 10 000, dann hätte diese Partei vier Mandate erhalten. Die übrig gebliebenen Stimmen werden von den einzelnen Wahlbezirken dem Wahlvorstand auf dem Rathaus bekanntgegeben, und hier erfolgt die weitere Verteilung der Mandate nach dem Höchstzahlenprinzip.

Sagen wir, daß durch die erste Verteilung nach dem Wahlquotienten 180 Mandate bestimmt wären und daß demnach noch 40 zu verteilen wären, dann vollzieht sich diese Verteilung nach folgendem Prinzip: In eine Urne werden die übrig gebliebenen Stimmen aus allen Wahlbezirken nebeneinander gestellt. Die Partei, die hiernach die höchste Stimmenzahl hat, erhält sofort ein Mandat. Nehmen wir einmal an, es seien, um das Beispiel zu erleichtern, nur vier Parteien vorhanden und nicht achtzehn. Die erste Partei hätte 60 000 Stimmen, die zweite 60 000, die dritte 30 000 und die vierte 15 000. Dann erhielte die erste sofort ein Mandat. Die Stimmenzahl der ersten wird dann durch zwei geteilt, bleibt also 45 000. Darauf erhält die zweite ein Mandat, weil ihre Zahl 60 000 höher ist, geteilt ergibt sie 30 000. Da die Teilungszahl der ersten größer ist, erhält diese wieder ein Mandat, und so geht es fort, bis die Zahl der zu verteilenden Mandate aufgeteilt ist.

Diese Art der Wahl kommt hauptsächlich den Splitter-Parteien zugute, die nach dem System der Reichstagswahl kaum ein Mandat erhalten würden.

Die Brandstiftung in Pichelsberge aufgeklärt.

In den späten Abendstunden des 22. September d. J. brach in einem zu dem Restaurant „Sesßlach“ in Pichelsberge gehörigen Bootshaus Feuer aus. Der Spandauer Feuerwehr gelang es, den Brand im Keime zu ersticken. Der dort angestellte 19 Jahre alte Erich Roth hatte abends in Vertretung seines Vaters einen Rundgang durch die verschleierten Gebäude gemacht und dabei aus dem Bootschuppen heraus Licht gesehen. Als er hineinging, um nach der Ursache des Lichtscheinens zu sehen, sprang ihm plötzlich, so behauptete er später, ein Mann entgegen, der ihn zu Boden schlug und ihm einen Stein in den Oberarm bedrohte. Nach eingehender Untersuchung durch die Kriminalpolizei mußte Roth jetzt zugeben, selbst den Brand angelegt zu

haben. Roth hatte von seinem Arbeitgeber außer seinen gewöhnlichen arbeitsfreien Tagen noch einen besonderen Urlaubstag erbeten, der ihm aber abgelehnt wurde. Aus Ärger darüber legte er das Feuer an, hoffte aber, sich durch schnelle Entdeckung des „Brandstifters“ als ein „furchter Kerl“ zu zeigen und als Belohnung den Urlaubstag doch noch bewilligt zu erhalten. Die Verteilung hatte er sich am Oberarm mit dem Dolch selbst beigebracht.

Wähler-Kundgebungen

heute, Mittwoch, den 21. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:

Kreuzberg: Backbrauerei, Fildinistr. 2. — (39. u. 48. Abt.): Alexandriner, Alexandrinerstr. 37. — (43. Abt.): Rabe, Fildistr. 29. — (47. Abt.): Behrends Festfälle, Rantekuffelstraße 95.

Zehlendorf: Lindenpark, Berliner Str. 8. Neukölln (92. u. 95. Abt.): Passage-Festfälle, Bergstr. 151/152. — (96., 97. u. 98. Abt.): Aua Emsler Str. 133/137.

Oberschöneweide: Mörners Blumengarten, Ostendstraße. Alt-Glienide: Bohn, Grünauer Str. 55. Lichtenberg (117. Abt.): Schüle, Lückstr. 60. Friedrichsfelde: Tempel, Prinzenallee 30. Rosenhal: Ranibey, Hauptstr. 1.

Redner: Publii, Rob. Breuer, Ehardt, Gutschmidt, W. Hoffmann, Kuttner, Canda, Leib, Dr. Löwenstein, Dr. Lohmann, Robinson, Rohde, Reuter, Reimann, Stelling, Karl Schneider, Thurm, Dr. Treitel, Ulrich.

Frauen-Kundgebung

heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, in Wilmersdorf-Halensee, in den Flora-Sälen, Halensee, Johann-Georg-Straße 21. Rednerin: Frau Bohn-Schuch, R. d. R.

Donnerstag, den 22. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:

Brenzlauer Berg (29. Abt.): Schulaula Senefelderstr. 6. Friedrichshain (35. Abt.): Schulaula Samariterstr. 20. — (37. Abt.): Schulaula Hausburgstr. 20.

Kreuzberg (46. Abt.): Schulaula Stallier Str. 55/56. Dahlen: Schilling, Königin-Luise-Str. 42. Steglitz: Gymnasium, Heesestraße.

Mariensfeld: Zweig, Berliner Straße 114. Tempelhof: Aua Realgymnasium, Kaiserin-Augusta-Straße. Britz-Budow: Turnhalle in Budow.

Baumhulsenweg, Anzeum, Baumhulsenstraße. Köpenick: Stadttheater, Friedrichstr. 8. Kattichorf: Fürstenhaus, Treckow-Allee 92.

Biesdorf: Schillerfäle, Königstraße 120. Hohenschönhausen: Schulaula Röderstraße. Blankenburg: Klug, Dorfstraße 2.

Reinickendorf: Hartmanns Brauerei, Scharnweberstr. 104. Hermsdorf-Waidmannslust-Lübars: „Bellevue“, am Bahnhof Hermsdorf.

Redner: Breuer, Bessen, Ewald, Ehardt, Gutschmidt, Harujisch, Hoffmann, Harms, Haf, Horlich, Dr. Kanverau, Krause, Dr. Löwenstein, Cliffe, Lempert, Rogah, Reuter, Dr. Röder, Schneider, Schlichting, Ulrich, Dr. Hildegard Wegscheider.

Donnerstag, den 22. Oktober:

Kreuzberg: Nachmittags 4 1/2 Uhr Öffentliche Versammlung aller Arbeiter, Angestellten und Beamten des Bezirksamts Kreuzberg im Bezirksversammlungslokal, Nordstraße 11. Referent: Genosse Stadtrat a. D. Pochsch.

Friedrichshain: Abends 7 1/2 Uhr Öffentliche Versammlung aller im Bezirksamts Friedrichshain beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter in Schmidts Festfällen, Fruchtstraße 36a. Referent: Stadtv. R. Rohde.

Tagesordnung in beiden Versammlungen:

„Welche Vorteile bietet eine sozialdemokratische Mehrheit im Stadtparlament den Beamten, Angestellten und Arbeitern?“

Die neue Auslandsanleihe der Stadt.

Der Städtische Haushaltsausschuß hat sich gestern eingehend mit der Magistratsvorlage über die Aufnahme einer neuen Auslandsanleihe befaßt. Bekanntlich soll diese Anleihe zur Finanzierung der Bauten an dem Großkraftwerk Nummersburg die seit mehreren Wochen in Angriff genommen worden sind, verwendet werden. Einzelne Bestimmungen des Anleihevertrages stießen aber bei den Stadtverordneten auf starken Widerstand. Infolgedessen wurde der Rämmerer ersucht, noch einmal in Verhandlungen über den Anleihevertrag einzutreten. Neben das Ergebnis dieser Verhandlungen wird der Haushaltsausschuß am Dienstagmittag beraten. Die nächste Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung soll dann erst am Donnerstag der kommenden Woche stattfinden.

Der Einbeinige als „Verkehrshörer“.

Die Verkehrsregelung, die das Recht des Fußgängers und das des Wagenführers gegeneinander abgrenzt, war für Berlin längst eine Notwendigkeit. Sie will erreichen, daß die Wagenführer die gebotene Rücksicht auf die Fußgänger nehmen, daß aber auch die Fußgänger den Wagenführern möglichst wenig Schwierigkeiten bereiten. Man muß wünschen, daß beide, die Fußgänger und die Wagenführer, verständnisvoll die Vorschriften befolgen; denn hiermit werden beide einander am besten dienen. Aber auch die Polizei, die über beide wacht, sollte möglichst Rücksicht üben. Sie sollte zu einer Zeit, in der die Verordnung noch jung und neu ist, mehr mit Ermahnungen als mit raschfertigen Strafverfügungen zu wirken suchen.

Zu den allerersten Opfern der Verfügung gehört — ein Kriegsbeklagter. Am 20. Juni dieses Jahres, als die Verordnung erst fünf Tage in Kraft war, überschritt er in der Königstraße unter der Stadtbahnüberführung den Straßenrand, der in diesem Augenblick nur für den Fahrverkehr freigegeben war. Einem Trupp von Personen, die über den Damm gingen, schloß der Kriegsbeklagte sich an. Ein Polizeibeamter wollte sie zurückweisen, aber sie achteten keinen Worten nicht und erreichten den jenseitigen Bürgersteig. Nur der einbeinige Kriegsbeklagte, der auf seinen Krücken über den Damm humpelte, kam nicht so schnell hinüber. Als er in der Mitte des Damms angelangt war, sagte ihm der Beamte, er solle zurückgehen und an anderer Stelle den Damm überschreiten. Der Einbeinige lehnte das ab, weil er sich nicht noch einmal der Gefahr aussetzen wollte. Er sei ja schon fast drüber, sagte er dem Beamten. Dieser aber drohte, er werde den Mann, wenn er nicht umkehre, zur Wache bringen — und schließlich griff er tatsächlich zu diesem äußersten Mittel. Der Name des Kriegsbeklagten wurde festgestellt, und am 22. Juni kam vom Polizeiamt Berlin-Mitte eine Strafverfügung, die auf Grund der damals 7 Tage alten Verordnung dem Traverler neun Mark Geldstrafe oder drei Tage Haft aufpakte. Der Einbeinige erhob — leider! — keinen Widerspruch, so daß die Straf-

verfügung rechtskräftig wurde, ohne daß ein Gericht die Berechtigung nachgeprüft hätte. Er zahlte die Geldstrafe nicht, sondern stellte sich zum Eintritt der Haftstrafe. Die Partie des Polizeigefängnisses schloß sich hinter ihm. Da der Mann aber auch an der Juckerkrankheit leidet, ließ er sich im Gefängnis vom Arzt untersuchen. Der diensthabende Arzt kam zu dem Ergebnis, daß der Kranke hoffnungslos sei. Daraufhin durfte der Einbeinige schon am zweiten Tage aus dem Polizeigefängnis wieder hinaushumpeln, ausgerüstet mit der amtlichen Bescheinigung, daß er haltunfähig sei und man ihn nach Verbüßung von einem Tage Haft entlassen habe. Er begab sich nach Hause und dachte, nun werde alles erledigt sein. Aber schon eine Woche später kam ihm ein Polizeibeamter am frühen Morgen in die Wohnung, um ihn zur Verbüßung des Restes seiner Haftstrafe abzuholen. Die Vorweisung des Entlassungsscheines bewog den Beamten, auf sofortige Abführung zu verzichten. Doch hat seitdem die Polizei ihren Besuch bei ihm noch etwa sechsmal wiederholt, so daß im Hause unangenehmes Aufsehen erregt wurde, wie wenn die Jagd einem Schwerverbrecher galt. Die Polizei begründete ihr Verhalten damit, daß der Mann ja inzwischen wieder hoffähig geworden sein könnte. Schließlich erreichte er, daß ihm Ausschub bis zum 29. Oktober gewährt wurde.

Seitdem hat man ihn in Ruhe gelassen, aber mit Sorge sieht der Einbeinige dem Tag entgegen, wo die Frist abläuft. Soll wirklich, wenn der 29. Oktober vorüber ist, das „Spiel“ von neuem beginnen? Oder wird man nicht lieber einen Weg suchen, den Strafrecht durch Niedererschlagung zu erledigen?

Udo, der Schimpfgermane.

Abschrenner heißt er und mit Vornamen schlicht-germanisch Udo. Bereits im Troß Armins des Befreiers (nicht zu verwechseln mit Sigt von Armin) soll sich ein Kelto-germane namens Udo befunden haben. Besagter Udo Abschrenner übte einstmals den Beruf eines Leutnants aus. Jetzt aber ist er Werkmeister und Angeklagter, letzteres vor dem Schöffengericht Pichtenberg. Udo Abschrenner marschiert, angehen mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse, mit Abzeichen nationaler Verbände, mit umgeschulter Koppel und der Offiziersmütze in der Hand, in den Verwahranraum, jeder Zoll reinblütiger Germane. Nun hat man zwar gehört, daß Germanen kämpfen und auch trinken konnten. Daß sie aber Helden im Schimpfen waren, hat man uns nicht überliefert. Also scheint es mit dem Germanentum Udo Abschrenners nicht weit her zu sein, denn sein völkisches Heldentum äußerte sich im — Schimpfen. Am 16. Juni, morgens 2 Uhr, war Udo Abschrenner mit seiner Braut durch die Hauptstraße in Pichtenberg gekommen. Vor der Tür einer Badeanstalt hing eine schwarz-rotgoldene Fahne, die von mehreren jungen Männern heruntergeholt wurde. Nun ist das wahrlich keine Kleinigkeit, wenn man Udo heißt, Leutnant war, völkisch ist, und mit seiner Braut an einer schwarzrotgoldenen Fahne vorbeikommt. Da list es nichts, da muß man sein Heldentum auch beweisen. Und Udo bewies! Als nämlich das Fahnenstück auf der Erde lag, trampelte er auf demselben herum (Udo ist nicht etwa 5, sondern 29 Jahre alt!) und gebrauchte dabei die Worte: „Diese D... lappen, diese Juden-fahne und A... lappen müßte man zum Steckschubben anwenden.“ Und schließlich auf dem Gipfel heldischer Erregung zerriß er die Fahne und schimpfte... schimpfte... Ein Schuppelkops, der hinzukam, nahm Udo, den Schimpfgermane, mit zur Wache. Hier benahm er sich weiter, wie auf der Straße, und unterließ es auch nicht darauf hinzuweisen, daß er einmal Leutnant war. Als der Vorsitzende ihn jetzt mild und väterlich darauf aufmerksam machte, daß die Reichsflaggen Schwarz-Rot-Gold seien, und daß man diese respektieren müsse, entgegnete der Angeklagte pagig: „Ja, leider sind sie Schwarz-Rot-Gold.“ Das Gericht sah die Sache milde, wirklich sehr milde an, da die Tat zwei Stunden nach dem 15. Juni geschehen war und bis zu diesem Datum derartige Vorkommnisse unter die Ärmelste fielen. Udo Abschrenner erhielt an Stelle einer verweirten Gefängnisstrafe von einer Woche 200 M. Geldstrafe. Er nahm die Strafe nicht an und erklärte mit lauter germanisch-trostvoller Stimme, Berufung gegen dieses Urteil einlegen zu müssen.

„Wir von der Deutschen Volkspartei“.

Sie sind doch tüchtige, gerade Charakterfeste Kerle, die Herren von der Volkspartei; sie weichen keinen Finger breit vom rechten Wege ab. Stellen sie da jemanden auf den Reichskanzlerplatz in Charlottenburg — immer standesgemäß in der Wahl des Absehroliers — und lassen ihn herrlich figelich-bunte Postkarten verteilen mit Bildern wühender altpreußischer Fahnen. Diese Fahnen sind aber noch nicht militärisches Symbol genug, ihnen ist auch noch ein „Gedicht“ beigebrudt. Denn sie führen „trotz Rot und trotz Rot in ein wieder feindliches Morgenrot“. Nun, es ist wenigstens ein Glück, daß da noch die geschäftliche Mitteilung zu lesen ist: „Als erste dabei, wir von der Deutschen Volkspartei, wodurch wenigstens die Möglichkeit gegeben ist, sich über das naturwissenschaftliche Wunder eines „feindlichen Morgenrots“ an der zuständigen Stelle — sollte es gar die Partei selber sein? — zu informieren. Diese Leute sind aber nicht nur eminent „gebildet“, sie haben auch Sinn für grotesken Humor; die Karte wurde just an dem Sonntag verteilt, an dem Herr Dr. Stresemann aus Locarno zurückkam...“

„Wir von der Deutschen Volkspartei“ scheinen doch reichlich häßlich zu sein. Und wir anderen werden am 25. Oktober wohl doch einen ordentlichen Ruck weiter links wählen.

Völkische Wanditen.

Der hakenkreuzerliche Wahlterror, der vor und nach der Hindenburg-Wahl die Straßen Berlins, vornehmlich die des Westens, zum Schauplatz wüster Prügeleisere machte, scheint wieder einzufrieren. Am Montag abend kam es erneut zu brutalen Ausschreitungen einer Horde von 30 bis 40 Personen, die die Hardenbergstraße entlang zogen. Als ein Vorüberkommender, der 63jährige R., den Demonstranten ein „Psi!“ zurief, stürzten sich die Burschen auf den alten Mann und verletzten ihn durch heftige Schläge mit Gummi knäpeln so schwer, daß er zusammenbrach und von Polizeibeamten nach seiner Wohnung gebracht werden mußte. Mit solchen Gemeinheiten betreibt die Fremdenhasspartei ihren Wahlkampf. Die republikanische Bevölkerung wünscht unter keinen Um-



Nach den übereinstimmenden Äußerungen hervorragender Forscher entspricht D o d o l den Anforderungen der Hygiene am vollkommensten und wird daher als das beste von allen gegenwärtig bekannten Mundwässern bezeichnet.

Löhne und Gewinne.

Eine Entbehrungskur — für die deutschen Arbeitnehmer!

„Der Arbeitgeber“, die Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, brachte in Nr. 20 an erster Stelle eine Betrachtung des Reichsministers a. D. Dr. Ing. Gothein über „Löhne, Gehälter und Preise in Deutschland und in Oesterreich“. Gelegentlich einer Reise nach Wien hat Herr Gothein die Entdeckung gemacht, daß Deutschland heute eines der teuersten Länder Europas ist. Das rühre daher, daß die Ueberlastung mit Steuern zu groß sei. Die Uebersteuerung habe das Preisniveau gesteigert, weshalb Beamte, Angestellte und Arbeiter höhere Gehälter und Löhne forderten, die ihnen auch zugestanden worden seien. Die öffentlichen Verwaltungen hätten ja aus dem Ueberfluß an Steuergebern reichlich Gelder dazu gehabt, und die arme Privatwirtschaft habe — unter dem Druck der Schieds- und Schlichtersprüche — mit den Lohn- und Gehaltserhöhungen folgen müssen. Jede Erhöhung von Löhnen und Gehältern wirke sich aber in höheren Betriebskosten aus, steigere den Bedarf an Betriebskapital, vergrößere die Kapitalknappheit und wirke der Entspannung des Geldmarktes, der Herabsetzung des Zinsfußes entgegen.

Herr Gothein will nun nicht behaupten, daß die durchschnittlichen Löhne und Gehälter in Deutschland im Verhältnis zu ihrer Kaufkraft besonders hoch seien. Allein den Rohstoff der Siegerstaaten oder der neutralen Staaten dürften wir an die deutschen Löhne nicht anlegen, sondern sie nur mit den Löhnen in besiegten Staaten vergleichen, wie z. B. in Deutschland und Oesterreich. Und nun gibt Gothein eine für die deutschen Unternehmer geradezu herzerfrischende Darstellung über die Arbeiterlöhne und die Angestellten- und Beamtengehälter in Oesterreich. Wohl habe Oesterreich dafür auch einen niedrigeren Lebenshaltungsindeks, allein die billigeren Lebensmittelpreise beruhten auf einer spärlicheren Wirtschaft der Staatsgewalten in Oesterreich, wovon das Land Wien — und damit meint Gothein vor allem die Stadt Wien — in dieser Beziehung sehr viel zu wünschen übrig lasse. Deutschland könne wohl sein Lohn- und Gehaltsniveau höher stellen als Oesterreich, doch müßte es sich dabei nach der Decke strecken.

„Die heutige Lohn- und Gehaltspolitik, die jeder Preissteigerung mit einer Erhöhung der Bezüge begegnet, macht jede Geld- und Sachwertentwertung folgen müssen. Jede Erhöhung von Löhnen und Gehältern wirkt immer mehr Arbeitnehmer aus der Fabrik und dem Kontor auf die Straße.“

Die Arbeitnehmer dürften trotz Preiserhöhungen keine Lohn- und Gehaltserhöhungen mehr fordern. Sie müßten

eine Entbehrungskur durchmachen, um wieder zu Kräften zu kommen.

Verzählten sie auf Lohnerhöhungen, dann verbilligten sich die Produktionskosten, so daß die Preise gesenkt werden könnten, wodurch der Konsum sich hebe und damit die Lebenshaltung. Herr Gothein ist auf seine Weise ein ehrlicher Mann. Er spricht aus, was die Arbeitgeberverbände wollen. Offenheit gegen Offenheit! Wir müssen ihm sagen, daß die Arbeitnehmer in Deutschland sich nun schon so lange in der Entbehrungskur befinden, daß es höchste Zeit ist, sie wieder zu Kräften zu bringen. Die Entbehrungskur müßte vom anderen Ende einleiten. Doch Herr Gothein erklärt dies als unmöglich. In der Industrie sei von einem rentablen Betrieb nur noch in seltenen Ausnahmefällen die Rede. Das gehe aus den Abschüssen der deutschen Aktiengesellschaften klar hervor. „Wo sind denn deren Dividenden?“ Einen Augenblick, Herr Gothein!

Von Ertragslosigkeit bei der großen Zahl von Unternehmungen, die bisher für 1924 bilanziert haben, kann keine Rede sein. Daß der Anleihenmarkt zwar nicht Dividenden, aber Gewinne von 15 Proz. auf sein heutiges Aktienkapital und reichlich 30 Proz. auf die tatsächlich bisher erfolgten Geldeinzahlungen er-

zielt hat, ist von niemandem bestritten worden. Für die Bauindustrie wurde von der „Bauwelt“ festgestellt, daß von 93 Gesellschaften 52 eine Dividende erteilt haben auf ein Kapital, das erheblich höher liegt als das Vorkriegskapital, obwohl es keine Industrie geben dürfte, bei der der Leerlauf aus bekannten Gründen größer ist als bei der Bauindustrie. Von den übrigen Gesellschaften sagt die „Bauwelt“ ausdrücklich, daß man abichtlich auf die Dividendenverteilung verzichtet hat, auch wenn Rentabilität vorlag, um die eigenen Mittel wegen der hohen Zinsen nicht zu schwächen; so bleiben nur 12 Gesellschaften, die einen Verlust ausweisen. Die Zementindustrie arbeitet nur mit 60 Proz. ihrer Leistungsfähigkeit. Sie hat aber bei einem Absatz, der den von 1913 gerade erreicht hat, wenigstens bei den in Berlin notierten 18 Gesellschaften ein gegenüber 1913 um mehr als 30 Proz. höheres Aktienkapital. Dennoch verteilte sie Dividenden, die nur um etwa 1 Proz. niedriger lagen als 1913, und nur vier von den 18 Gesellschaften (genau ebensolche wie 1913) blieben dividendenlos. Die gute Lage der Kaliindustrie ist bekannt; sie hat ihren Absatz heute gegen 1924 verdoppelt. Rosterg von der Wintershallgruppe hat trotz der mangelhaften Stilllegungen nicht nur den arbeitenden, sondern auch den stillgelegten Gewerken eine reichliche Dividende versprochen.

Die hohen Preise der Textilindustrie sind sprichwörtlich. Nirgends sind die Zulammendrücke größer als im Textilhandel. Die Textilindustrie hat durchweg gute und reichliche Gewinne erzielt. Dasselbe gilt für die Kraftzeugungsindustrie in ganz Deutschland; hier liegen die Dividenden nirgends unter 10 Proz.; die tatsächlich erzielten Gewinne sind in den meisten Fällen doppelt so hoch, was sich bei jeder einzelnen Gesellschaft nachweisen läßt. Für die Elektrizitätsindustrie liegen noch erit wenige Bilanzen vor. Soweit Aufzeichnungen der Vorstände und Aufsichtsräte bekannt sind, z. B. AEG, wird mit einer guten Dividende gerechnet. Die Brauereien haben schon für die Kampagne 1923/24, die zum Teil noch in die Inflationszeit fiel, ganz allgemein Dividenden in Friedenshöhe (8 bis 12 Proz.) verteilt. Für die Kampagne 1924/25 liegen mindestens gleiche, zum Teil höhere Bierablässe vor, was ein gleichgültiges Gewinnergebnis erwarten läßt. Das Druckereigewerbe hatte 1924 eine Konjunktur und Gewinne wie selten in der Vorkriegszeit. Dasselbe gilt für die Druckerei- und Maschinenindustrie.

Auch jene Teile der Maschinenindustrie, die das Textil- und das Nahrungsgewerbe sowie die Landwirtschaft mit Maschinen versorgen, hatten durchweg günstige Geschäftsergebnisse. Für die Auto- und Autozubringer- sowie Zubehörindustrie war das Jahr 1924 durchaus günstig. Selbst die Montanindustrie, auf der die Wirtschaftskrise der Vorkriegszeit am schwersten lastet, kann nicht von Gewinnlosigkeit sprechen. Die Gewinne wurden nur nicht ausgeschüttet, sondern zu Umstellungen und Neuanordnungen „über Betrieb“ verwendet; Gewinne waren also vorhanden, wurden aber kapitalisiert. Von den Aktiengesellschaften hat 1924 kaum eine einzige weniger als 8 Proz. Dividende verteilt. Von den Versicherungsgesellschaften gilt ganz ähnliches. Eine Kreditversicherungsgesellschaft hat unbestritten 127 Proz. ihres Kapitals als Gewinn gebucht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sämtliche 1913 bereits vorhandenen Aktienkapitalen heute ein um 20 Proz. höheres Aktienkapital haben. Die Gewinnansprüche sind also höher als damals, obwohl die Kaufkraft des Inlandsmarktes um mindestens 20 Proz. geschwächt und die Exportmöglichkeiten infolge der Aukarrie der früheren Bezugsländer gesunken sind. Die schwierige Lage der Industrie, die unbestritten ist, ist durch die Zuckerrücklagen der Banken und durch die eigenen Sünden in der Kriegs- und Inflationszeit verursacht. Die Unternehmerpreise selbst ist voll davon.

Herr Gothein aber scheint alles das vergessen zu haben, wenn er für die Arbeitgeber gegen die Löhne vorgehen muß.

Umfange sie, in der Regel durch Vermittlung ihrer Händler, mit deutschen Händlern oder Viehhaltern Beziehungen anknüpfen wollen. Die Vereinbarung über Preis, Abnahme und Bezahlung erfolgt dabei ausschließlich zwischen den beteiligten Privatpersonen. Bisher sind nur vereinzelte Abschlüsse über die Lieferung von Schafen (zumeist in Süddeutschland) und von ganz wenigen Rindern und Pferden zustande gekommen. Es ist ganz nicht anzunehmen, daß diese Käufe einen größeren Umfang annehmen werden, die vereinbarten Höchstmengen dürften nach der bisherigen Erfahrung nicht annähernd bezogen werden.

Aus den Anfragen verschiedener Händler nach Angeboten von Vieh zur Lieferung nach Frankreich ist zu folgern, daß vielfach der Glaube besteht, es handle sich hier um ein besonders umfangreiches Geschäft. Das ist aber in Wirklichkeit nicht der Fall. Darum besteht auch kein Anlaß zu irgendwelcher Beunruhigung, daß diese Käufe einen Umfang annehmen könnten, durch den die Preise dieser Tiergattungen beeinflusst würden.

Der erste Abschluß einer größeren Zuckertafel. Von der Zuckerraffinerie Glouzig in Thüringen, die mit einem Kapital von 8 Millionen M. arbeitet, liegt die Abschlußbilanz per Ende Mai vor. Sie verteilt 8 Proz. Dividende. Der Rohgewinn beträgt 804 000 M. Auf Abschreibungen kommen rund 100 000 M. Es wurden 1924/25 750 000 Doppelzentner Rüben verarbeitet (im Vorjahr nur 366 000) mit einem Zuckergehalt von 17,45 (17,28) Proz. Ein Drittel der Rüben wurde in eigenen landwirtschaftlichen Betrieben gewonnen. Die tatsächlichen Gewinne scheinen beträchtlich höher gewesen zu sein, als die ausgewiesene Dividende erkennen läßt. Der Rübenmehrverbrauch stammt aus dem Erwerb der Zuckerraffinerie Trotha, der zum mindesten zum erheblichen Teil aus Betriebsgewinnen erfolgt sein muß. Außerdem wurde offenbar „über Betrieb“ der Bau einer Rübenzuckerfabrik von großer Leistungsfähigkeit ausgeführt, da eine besondere Verschuldung aus diesem Anlaß nicht zu erkennen ist. — Die Bilanzen der Zuckerraffinerie, die in diesen Wochen in größerem Umfang herauskommen dürften, verdienen das Interesse der Verbraucher. Die Zuckerraffinerie wurde bekanntlich lange Zeit zwangsbewirtschaftet. Die rückgängige Erzeugung und das am 31. August wieder gefallene Zuckereinfuhrverbot haben die Preise für das wichtigste Volksernährungsmittel sehr in die Höhe gehen lassen. Das neue Zollgesetz gewährt einen Zollschutz von 10 M. pro Doppelzentner, der von den Konsumenten den Zuckerraffinerieisten gezahlt werden muß, da eine unterbietende Auslandskonferenz trotz der mannigfachen im Ausland gewährten Prämien nicht zu fürchten ist. Einmal ver-

hindert das die fürs Ausland ungünstige Frachtlage. Die Auslandskonferenz muß die Frachten ab Grenze bis zum Verbrauchsort eintreiben, während die stark verteilte Inlandsindustrie nur die Frucht vom Produktions- zum Verbrauchsort trifft. Zum anderen verhindert es der Zoll. Da der Zoll feststeht, kann Auslandszucker um so schwerer ins Inland, je niedriger die Weltmarktpreise stehen. Da nach einer Frachtförderbelastung des Auslands mit 2 bis 3 M. pro Doppelzentner hinzukommt, genießt die deutsche Zuckerraffinerie bei den hohen Inlandspreisen einen gewaltigen Vorteil. Die Konsumenten werden also den Zuckerraffinerieisten nicht nur hohe Preise zahlen, sondern auch den Export zu um ein Drittel billigeren Preisen ermöglichen. Auch ein Beispiel verkehrter Zollpolitik, die den Absatz anderer Industrien schmälert, um landwirtschaftlichen Spezialinteressen gefällig zu sein.

Reichsbank. Der Reichsbankausweis vom 15. Oktober läßt eine Entspannung der Geldverhältnisse beim Zentralnoteninstitut durch Rückgang der Wechselanfrage erkennen. Es floßen auch insgesamt für 125,4 Millionen M. Geldscheine an die Bank zurück, so daß der Banknotenumlauf nunmehr 2493,9 Millionen, der Bestand der Reichsbank an Rentenbanknoten 319,2 Millionen beträgt. Unter Hinzurechnung von etwa 189 Millionen Privatbanknoten und 535 Millionen Scheckemünzen beträgt der gesamte Geldumlauf am 15. Oktober etwa 4716 Millionen gegen 4671 Millionen am 15. September 1925. Der Goldbestand hat sich durch weitere Umwandlung von Devisen in Gold um 29,9 auf 1204,5 Millionen M. erhöht, während sich die bedungungsfähigen Devisen um 15 Millionen auf 306,4 Millionen M. vermindert haben. Der gesamte Bestand an Gold und bedungungsfähigen Devisen erhöhte somit einen Zufluß von 14,9 Millionen auf 1510,9 Millionen M., der auf den Eingang des Erlöses weiterer Auslandsanleihen zurückzuführen ist. Die Deckung der roten durch Gold allein hat sich von 45 Proz. in der Vorwoche auf 48,3 Proz., die Deckung durch Gold und bedungungsfähige Devisen von 57,4 auf 60,6 Proz. gehoben.

Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank A.-G., Berlin. Die Generalversammlung, die ohne jede Erörterung die von uns schon besprochene Bilanz genehmigte, beschloß die Kapitalerhöhung von zwei Millionen M. Von den neuen Aktien werden 1420 000 M. von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, die restlichen 580 000 M. von einem unter Führung des Bankhauses Bleichröder stehenden Konfession übernommen, dem die Dresdner Bank, die Darmstädter und Nationalbank, die Diskontogesellschaft, die Commerzbank, Mendelssohn u. Co., die Bayerische Hypothek- u. Wechselbank und die Bayerische Vereinsbank angehören. Da der Kurs auf 150 Proz. festgesetzt wurde, fließen dem Unternehmen aus dieser Erhöhung 3 Millionen M. neue Mittel zu. Die bisherige Majorität der Reichsbahn bleibt bei dieser Erhöhung des Aktienkapitals im großen und ganzen erhalten.

Was geht mit den Wirtschaftsunternehmen des Reichslandbundes vor? Am Dienstag sollte in der Generalversammlung der Reichslandbund-A.-G., Hannover eine Aussprache über den Stand der Wirtschaftsunternehmen stattfinden. Die wirtschaftlichen Unternehmen des Reichslandbundes sollen auf den Reichsverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften übergeführt werden, während die für die wirtschaftliche Befähigung des Reichslandbundes errichteten verschiedenen Gesellschaften bestehen bleiben. Mit Rücksicht darauf, daß in der erwähnten Angelegenheit Verhandlungen mit der Preußischen Staatsregierung in Aussicht genommene Ausprüche vorliegt. Man geht nicht fehl, wenn man annimmt, daß der Zweck der ganzen Transaktion ist, dem Landbund erhebliche Mittel aus den für landwirtschaftliche Zwecke unternommenen Kreditaktionen in die Hände zu spielen, die dem Landbund sonst, als einem rein politischen Unternehmen nicht zugeflossen wären.

Der Spirituolenkonsum steigt. In dem Geschäftsbericht der bekannten Spirituolenfirma Winkelhäufen, die für das Geschäftsjahr 1924/25 eine Dividende von 6 Proz. zur Verteilung bringt, wird vor allem auf die ungünstigen Wirkungen der betrügerischen Manipulationen vieler Spirituolenhersteller und der Steuerhinterziehungen hingewiesen und die Ansicht vertreten, daß die von der Regierung und der Reichsmonopolverwaltung eingeleiteten Maßnahmen zur Beseitigung der Mißstände schon sichtbaren Erfolg zeitigt haben. Der Bericht beschränkt sich, daß der Industrie nicht wie vor dem Kriege eine Steuerverminderung von sechs Monaten für die auf dem Alkohol liegenden Verbrauchsabgaben gewährt wird. Da auch von den maßgebenden Stellen eingesehen werde, daß die hierdurch herbeigeführte Anspannung des Betriebskapitals auf die Dauer nicht zu ertragen, bestehe die Hoffnung, daß demnächst gewisse Erleichterungen eintreten werden. Sowohl dieser Geschäftsbericht als auch der der Tochtergesellschaft C. T. Hühlich stellt eine Besserung des Umsatzes im laufenden Geschäftsjahre fest.

Neue Schachtanlagen im Ruhrbergbau. Während auf der einen Seite Schachtanlagen des Ruhrbergbaues Betriebsbeschränkungen vornehmen oder sogar zu vollständigen Stilllegungen gezwungen sind, werden auf der anderen Seite neue Schachtanlagen errichtet. So hört die „Konjunktur-Korrespondenz“, daß die Harpener Bergbau-A.-G. an der Spitze bei Vanslop in der Nähe des Greneler Wasserturmes demnächst einen neuen Schacht abtaufen läßt, wozu die nötigen Grundstücke den Landwirten bereits abgekauft worden sind. Dieser neue Schacht soll vorläufig der Personalförderung und Weiterführung für die benachbarten Zechen dienen. Die Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft hat den neuen Schacht IV ihrer Zeche „Minister Stein“ fertiggestellt, der von außergewöhnlicher Größe in modernster Ausmachung gebaut ist. Dazu kommt eine neue Kohlenaufbereitungsanlage, so daß die Zeche „Minister Stein“ ihre Förderung bedeutend erhöhen kann. — Die Gewerkschaft Emischer-Lippe, die seit einiger Zeit aber vollkommen im Besitze des Norddeutschen Woads ist, sieht sich dagegen gezwungen, ihren Betrieb einzuschränken. In der ersten Oktoberhälfte sind bereits über 500 Bergarbeiter entlassen worden. Die Schachtanlagen III und IV sollen allmählich ganz stillgelegt werden, so daß sich die ganze Förderung durch die Schächte I und II vollzieht. Auch die Niederbringung eines neuen Schachtes dieser Gewerkschaft, der bereits fast 100 Meter abgeteuft war, soll bis zur Rückkehr besserer wirtschaftlicher Verhältnisse eingestellt werden.

Rückzahlung des gesamten deutschen Eigentums in Amerika? Nach einer Meldung des Reichsdienstes der deutschen Presse besteht die Absicht, gemäß einem von dem republikanischen Abgeordneten Bloom ausgearbeiteten Gesetzentwurf das gesamte deutsche Eigentum in Amerika den früheren Besitzern zurückzuerstatten. Da auch andere Parteien ganz oder teilweise für eine solche Regelung sind, hat der Entwurf große Aussicht auf Annahme. Ueberhaupt ist die Stimmung in Amerika gegenüber Deutschland in den letzten Monaten allgemein freundlicher geworden und hat eine starke Annäherung herbeigeführt, da man in der lokalen Erfüllung des Dames-Abkommens im Handelsvertrag und in der Sicherheitskonferenz den guten Willen Deutschlands zur Verständigung der Völker sieht.

Kommunen und Auslandskredite.

Durch die Zeitungen gehen jetzt fast täglich Meldungen über Verhandlungen oder Abschlüsse von Anleihen deutscher Städte mit amerikanischen Geldgebern. Daburh kann in der Öffentlichkeit der Anschein erweckt werden, daß bereits eine große Anzahl deutscher Städte dem amerikanischen Kapitalmarkt zugeführt worden ist oder in der nächsten Zeit zugeführt werden soll.

Die beim Reichsfinanzministerium gebildete Beratungsstelle für Auslandskredite, deren Begutachtung die Auslandskredite der Kommunen unterliegen, weist nun in einem Kommuniqué darauf hin, daß bisher mit Zustimmung der Beratungsstelle nur die Anleihen der Städte Berlin, Köln und München in den Vereinigten Staaten von Amerika zur Ausgabe gelangt sind. In letzter Zeit sind verschiedene Anträge anderer Kommunen durch die zuständigen Landesregierungen der Beratungsstelle zur Begutachtung vorgelegt worden. Die Beratungsstelle wird indes in allen Fällen die unbedingte Notwendigkeit und Nützlichkeit derartiger Anleihen prüfen. Die Beratungsstelle steht auf dem Standpunkt, daß nur in ganz besonderen Ausnahmefällen die Produktivität der von Städten erzielten Auslandskredite nachzuweisen sein wird.

Sie ist aber der Meinung, daß in allen Fällen, in denen das nicht möglich ist, die Ausgabe von Auslandsanleihen deutscher Städte im Hinblick auf den Schatz der deutschen Währung zu unterlassen ist. Es muß auch verhindert werden, daß die vom Auslande für die deutsche Wirtschaft verfügbaren Gelder durch Anleiheaufnahmen der Städte geschwächt werden; denn es erscheint viel dringlicher, Industrie und Landwirtschaft, soweit sie die Kredite für Hebung des Exports oder mittelbar zur Rinderung des Imports verwenden können, mit Auslandskrediten auszustatten, als den Kommunen Mittel zuzuführen für Zwecke, die zwar an sich wertvoll sind, aber auf eine spätere Zeit zurückgestellt werden können.

Reparationslieferungen von Vieh an Frankreich.

Dem Amüslichen Preussischen Pressedienst wird aus dem Landwirtschaftsministerium geschrieben:

Nach dem Londoner Protokoll ist Frankreich das Recht zugestanden, gewisse, beschränkte Viehmengen — die zulässige Höchstzahl wird jeweils für den Zeitraum der nächsten 18 Monate durch Vereinbarung festgesetzt — im freien Handel auf Reparationskonto zu beziehen. Eine Mitwirkung einer amüslichen Stelle findet hierbei weder von französischer noch von deutscher Seite statt. Es ist vielmehr den einzelnen französischen Landwirten oder Gemeinden in den Vieheraufbaugebieten überlassen, ob und in welchem



Henkel's Scheuerpulver

Gebrauche Ata — und im Haus
Sieht's stets bei Dir wie Sonntag aus
Mit Ata kannst Du alle Sachen
Blitzblank und appetitlich machen!

Ata putzt und scheuert alles!

Justizdebatte im Landtag.

Der Fall Höfle. — Alle Parteien geben die Verfehlungen der Justizorgane zu.

In der gestrigen Landtags-Sitzung verhielt sich nach den Ausführungen des Gen. Ruttner Abg. Dr. Boehm (D. Bp.) zu bestritten, daß parteipolitische Einstellungen mit dem Schicksal Dr. Höfles etwas zu tun haben. Der Ausschussantrag stelle ein Kompromiß dar, das die Schattenseiten eines solchen habe. Nachgewiesen sei nur, daß der Tod Höfles durch Einnahme zu großer Dosen von Schlafmitteln herbeigeführt sei, nicht nachgewiesen sei eine Selbstvergiftung. Nachgewiesen sei auch die Mißwirtschaft mit Schlafmitteln im Gefängnislazarett. Ob Höfle durch die Ueberführung in ein Krankenhaus noch zu retten gewesen wäre, stehe dahin.

Die seelischen Einwirkungen mögen einen gewissen Anteil an dem ungeheuerlichen Ausgang gehabt haben.

aber eine beabsichtigte Selbsttötung könne weder behauptet noch mit Sicherheit ausgeschlossen werden. Die Volkspartei werde den Ausschussantrag annehmen.

Abg. Eberlein (Komm.) bezeichnet Höfle als ein Opfer des Systems der besonderen Behandlung der Inhafteten der Untersuchungsgefängnisse, das auch unter der Republik unverändert fortgebauert habe und unter dem Sozialdemokraten und Kommunisten genussam gelitten hätten. Die Ärzte hätten in skandalöser Weise ihre Pflicht versäumt und die Justizverwaltung hätte darum gemußt, ohne diesen Vorfällen a la Thiele ihr verdächtiges Handwerk zu legen. Nach dieser Tage fungiere derselbe Thiele in einem Leipziger Kommunistenprozeß wiederum als Sachverständiger. (Lebh. hört! hört!)

Abg. Wachhorst de Wente (Dem.) meint, die ganze Höfle-Angelegenheit wäre anders verlaufen, wenn die Strafkammer öffentlich verhandelte. Die Methoden der jungen Staatsanwaltschafts-Mitglieder, bei ihren Ermittlungen mit Flugzeugen usw. vorzugehen, seien Gegenstand peinlichsten Aufsehens in der ganzen Welt geworden. Mit ganz unnützer Strenge und Härte sei auch Frau Dr. Höfle behandelt worden. An Selbstmord habe Dr. Höfle schon als treuer Sohn der katholischen Kirche nicht denken können.

Die Untersuchung habe in geradezu mittelalterlich anmutende Zustände der deutschen Justiz hineingeleuchtet.

Auf dem Wege der Gefühlsregung müsse Abhilfe erfolgen.

Abg. Schwenk-Oberhausen (Wirtschaftl. Vereinig.) erklärt: Ob Dr. Höfle schuldig oder nicht schuldig war, wird nie aufgeklärt werden. Sein tragisches Ende bedauern wir im Interesse seiner Familie, seiner Partei und im Interesse des Rechts.

Abg. Dr. Körner (Deutschvölk.) meint, Höfle sei nicht schlechter behandelt worden als andere Untersuchungsgefangene auch.

Staatssekretär Frihe erklärt gegenüber Auslassungen des Redner, daß die Behauptung unrichtig sei, daß das Justizministerium versucht habe, Ruttner dem ordentlichen Richter zu entziehen.

Abg. Quast-Jassem (Dnat.) betont, daß man nicht etwa „schwarzweiße Reaktionen“ für den Fall Höfle verantwortlich machen könne, denn die meisten daran Beteiligten seien Zentrumsangehörige gewesen. Mißsriffe in der Rechtsprechung könnten immer vorkommen. Man dürfe daher bei einer

Reform der Justiz nicht lediglich sentimentalen Erwägungen unterliegen. Die im Falle Höfle vorgekommenen Fehler und Härten seien vielleicht einer zu großen Korrektheit der Beamten entsprungen. (Lachen links und im Zentrum.) Zur Behebung der gerügten Mißstände würden die Deutschnationalen alle Maßnahmen unterstützen.

Abg. Wexler (Z.) behauptet, der sogenannte Geheimrat des Wohlfahrtsministers sei zwar durch Mißstände dem Sinne nach leider notwendig geworden, aber von Juristen und Ärzten falsch ausgelegt. Katastrophal habe gewirkt, daß ärztliche Gutachten von den zuständigen Juristen falsch ausgelegt wurden. Ferner habe die Organisation versagt, in dem weder der Geistliche noch die Ehefrau Höfles bei der Schwerkrankelei vorchriftsmäßig benachrichtigt worden sei. Die Frage, ob das Leben Höfles im Rahmen der bestehenden Gesetze und Verordnungen hätte gerettet werden können, müsse unbedingt bejaht werden. Der Fall Höfle sei wirklich kein Ruhmesblatt in der Geschichte der preussischen Justizverwaltung.

Jeder Bürger des Staates sei gefährdet durch die Zustände, die in der Justizverwaltung beständen haben und teilweise noch bestehen.

Man habe daher ein Interesse daran, mit allen Parteien einheitslich in dem für diesen Zweck gebildeten Ausschuss zusammenzuarbeiten und Sorge dafür zu tragen, daß der Geist, den Volk und Parlament einheitslich verlangen, in der Justizverwaltung endlich Allgemeingut wird.

Abg. Dr. Kriege (D. Bp.) bedauert, daß der Rechtsausschuss nicht den Standpunkt der Deutschen Volkspartei teile, daß Abgeordnete, die als Zeugen in einem Untersuchungsausschuss vernommen werden, nicht gleichzeitig Mitglieder des Ausschusses sein können. Man habe beobachtet, daß die Zeugen leicht zu Angeklagten werden. (Sehr richtig!) Der Redner erwähnt dann den Antrag seiner Partei, der festlegen will, daß Untersuchungsausschüsse nicht in schwebende Rechtsverfahren eingreifen dürfen. Die Angriffe gegen die Justizbehörden weist der Redner zurück.

Es müsse allerdings zugegeben werden, daß in der letzten Woche vor dem Tode Höfles der Haftbefehl hätte aufgehoben werden müssen.

Keinesfalls aber könne man von einem Justizmord sprechen. Der Tod Höfles sei vielmehr auf das Einnehmen von Giften zurückzuführen, ganz abgesehen davon, was dazu Veranlassung gab. Die Deutsche Volkspartei hielte jedenfalls daran fest, daß die deutsche Rechtspflege durchaus auf der Höhe stehe. (Obwohl-Rufe und lebhafter Widerspruch links!)

Abg. Riedel (Dem.) erklärt, niemand bedauere mehr als die Demokraten, daß der Glaube an die Unabhängigkeit des deutschen Richterstandes durch gewisse Urteile und Erkenntnisse im Volke erschüttert worden ist. Zu hoffen sei, daß das Justizministerium mit dem Landtag alle Maßnahmen ergreifen wird, die dazu führen können, diesen Glauben wieder herzustellen.

Damit schließt die Aussprache über den Ausschussbericht zum Falle Höfle und die Beratung des Haushalts der Justizverwaltung wird um 1/2 Uhr auf Mittwoch, 12 Uhr vertagt.

In der Rede des Genossen Ruttner zum Fall Höfle läßt der Bericht infolge eines Druckfehlers Genossen Ruttner sagen, der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Pinnerneil habe nach Abschluß der Ausschussberatungen von einem preussischen Panama gesprochen. Es muß umgekehrt heißen: Herr Pinnerneil hat als Resultat der Ausschussberatungen im Barmat-Ausschuss hervorgehoben, daß von einem preussischen Panama nicht geredet werden könne.

Die Feststellung ist auch deswegen wichtig, weil in der Versammlung der Deutschen Volkspartei in den Kammerböden der volksparteiliche Redner Klinkhardt große Töne über Korruption preussischer Abgeordneter in Beziehung auf den Fall Barmat geredet hat. Man sieht, daß die volksparteilichen Mitteilungen im Lande sich sehr wenig um das Scheren, was ihre eigenen Abgeordneten auf Grund sachlicher Prüfungen feststellen müssen.

Aus der Partei.

„Wir sind jung und das ist schön“, dieses echt vollständig laugbare und darum so schnell weitverbreitete Lied der Arbeiter-Freunde-Schützlinge, hat den Wiener Genossen Heinrich Schoof zum Verfasser, den langjährigen Chorleiter der Wiener „Freien Typographia“ und Dirigenten einer eigenen Kapelle, die bei zahllosen Parteiveranstaltungen mitgewirkt hat. Zum 60. Geburtstag hat das Unterrichtsministerium Heinrich Schoof den Titel „Professor“ und die Stadt Wien ihm das Bürgerrecht (dort eine besondere Auszeichnung) verliehen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2. Etz., rechts, zu richten.
- Wählgang, Wählergruppen!** Im Zugrühm Lindenstr. 3 sind an Sozialistinnen nach vorläufiger Liste für Sozial- und Kleinrentner, für Krankengelder, für Gewerbetreibende (Mittelstand) und Hausfrauen und für Beamte und Angestellte, alle Wählergruppen müssen davon Kenntnis nehmen.
6. Kreis Kreuzberg. Die Bezirkskommission hat, Mittwoch, in der Hofstrasse mit von der 40., 41., 42., 44., 45. und 46. Wkt. befaßt. — Arbeiterwahltag. Am Donnerstag, den 22. Oktober, 8 Uhr, Nichtübernommen über: „Kulturfragen der Arbeiterbewegung“ (Referent: Minna Todenhagen) im großen Sitzungssaal des Bezirkskommission Kreuzberg, Poststr. 11. Eintritt frei. Gölle willkommen. Sämtliche Mitarbeiter in den Wahlgruppenkommissionen sind zur Teilnahme verpflichtet.
11. Kreis Schöneberg-Weißensee. Donnerstag, den 22. Oktober, treffen sich sämtliche Genossinnen und Genossen, die Arbeiterjungen und Jungsozialisten zum Umgang um 6 1/2 Uhr bei Rosenhof, Oberstr. 66. Eröffnen ist unbedingt notwendig. — Am Sonnabend, den 24. Oktober, Wahlversammlung. Treffpunkt: 6 Uhr bei Rosenhof, Oberstr. 66.
12. Kreis Tempelhof. Freitag, den 23. Oktober, große öffentliche Kundgebung bei Grottel, Rixdorf, Grottelstr. 10. Referenten: Paul Ernst und Bertram.
20. Kreis Reinickendorf. Samstag, Wahlversammlung, Webers, Wittenau, Rosenhof, Reinickendorf. Donnerstag, den 22. Oktober, 8 Uhr, öffentliche Wahlgruppenversammlung im Hotel „Bellevue“, Bernsdorf, Schloß-Edel-Waldstr. — Reinickendorf-Bezirk, Wahlgruppe, Lager: Donnerstag, den 22. Oktober, öffentliche Wahlgruppenversammlung in Hermanns Brauerei, Reinickendorf-Bez., Schornmeierstr. 104.

Heute, Mittwoch, den 21. Oktober:

8. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Fieber, Steinhilber, 11. Hof, und Diskussionsabend. Alle Genossen und Bezirksleiter müssen anwesend sein. Die Bezirksleiter rechnen ab. — Am Donnerstag, den 23. Oktober, von 10 Uhr, Wittenauer Straße 34, aus Wandzeitungsvermittlung, nachmittags 5 Uhr.

15000 Mark

für frohe Gesichter!

Wer sind die Glücklichen?

Den 50 Mark-Schein erhielten unter anderen:

Herr Wilhelm Bunke, Kaufmann, Charl. Spandauer Berg 31 — Herr Hermann Rehm, Elsasser Straße 47 (Palais der Friedrichstadt) — Herr Dr. Richard Barock, Augenarzt, Flensburger Straße 21 — Herr Hans Schlimmang, Kaufmann, Ottostraße 7 — Herr Albrecht, Verlagsbuchhändler, Charl. Wielandstraße 51 — Frau Cickschi, Verkäuferin, Bölowstraße 29 — Herr Gerhard Wilhelm, Friedrichshagen, Köpenicker Straße 52 (Pachor-Bräu, Potsdamer Platz) — Herr Dr. Musfeld, Stabsarzt, Budapester Straße 6 — Herr Rudolf Wyschick, Bankbeamter, Neuk. Boddenstraße 12 — Herr Alfred Schubert, Kaufmann, Grunewald, Auerbachstraße 17 — Herr Wilm Klein, Tapezierer, Charl. Wielandstraße 9 — Herr Hans Woltke, Kaufmann, Eyke-von-Repkow-Platz 3 (Café Vaterland, Turmstraße) — Herr Hans Flück, Monteur, Chausseestraße 50 — Herr Max Ortomann, Pferdehändler, Seestraße 47 — Herr Erich Lamprecht, Wickler, Martin-Optik-Straße 6 — Herr Arthur Gabel, Schlosser, Borsigwalde, Conradstraße 6 — Herr E. Geisler, Werkmeister, Schulstraße 38 — Herr Liehr, Saatgutleiter, Wühlischstraße 1 — Herr cand. med. vet Otto Austen, Reinickendorf, Residenzstraße 123 — Fräulein I. Jank, Stenotypistin, Halensee, Joachim-Friedrich-Straße 12 — Herr Leo Jachel, Tischler, Britz, Hermannstr. 11 — Herr Hermann Gronwald, Polizei-Oberwachtmeister, Reichenberger Straße 181 — Herr Arno Katz, Kaufmann, Wollinerstr. 4 — Herr L. Schuster, Kaufmann, Pasteurstr. 2 — Herr Fritz Romlow, Lehrer, Helanderstr. 12a — Herr Paul Partz, Kaufmann, Stettin, Preußische Str. 19 — Herr Otto Boden, Kaufmann, Schaperstr 31 (Rhein, Winzerstube) — Herr Brühäfer, Damentrieur, Umlandstr. 14 (Café Josty, Potsdamer Platz) — Herr Albert Grandke, Cottbusser Damm 15 — Fräulein Lilli Tamke, Verkäuferin, Große Frankfurter Straße 125 — Fräulein Herta Goldé, Verk., Romintener Straße 33 — Herr M. Donski, Kaufm., Schönh. Allee 130 — Herr Friedrich Ruschin, Zionikirchstraße 17 — Herr Alfred Kitzing, Brunnenstraße 58 — Herr Willi Lehmann, Reinickendorfer Straße 17 — Herr Kurt Bendix, Turmstraße 80 — Herr Otto Heibutzki, Charl., Berliner Straße 150 — Fräulein Agnes Sauer, Verkäuferin, Reichenberger Straße 15 — Herr Karl Oertel, Prinzenstraße 109 — Herr Arthur Natbo, Hoteldirektor, Lichterfelde, Sternstraße 12 — Herr Paul Eilenberg, Geschäftsführer, Charl. Kantstraße 38a — Herr Arthur Oroh, Kaufmann, Charl. Kantstraße 38a — Herr Alfred Merten, Verkäufer, Alexanderstraße 1 — Herr M. Meißner, Kürschner, Neuk., Lichtenrader Straße 47 (Café Aschinger, Alexanderplatz) — Herr Ernst Franke, Handlungsgehilfe, Emdener Straße 30 — Herr Friedrich Geschke, Verkäufer, Charl. Bleibtreustraße 51 — Herr Gerhard Müller, Kaufmann, Neuk., Kaiser-Friedrich-Straße 167 — Herr Bruno Raasch, Vertreter, Neue Höchststraße 32 — Herr W. Pflug, Bürosekretär, Weidenweg 77 — Herr Herbert Hoffmann, Kaufmann, Eisenacher Straße 85 (Café am Nollendorferplatz) — Herr Adolf Bochenek, Schneider, Ackerstraße 17 (Café Vaterland, Potsdamer Platz) — Herr Kurt Franke, Kaufmann, Berlin-Rosenthal, Reichskanzlerdamm 44 (Café Fürstenhof, Potsdamer Platz) — Frau E. Wicken, Neuk., Böhmisches Straße 45 (Bellevue-Konditorei, Potsdamer-Platz) — Herr Julius Dahlke, Magistratsbeamter, Neuk., Richardstraße 60 (Palast-Café, Potsdamer Platz) — Herr Otto Sydow, Kaufmann, Friedenau, Dürerplatz 3 (Pachor-Bräu, Potsdamer-Platz) — Frau Marie Sablowsky, Friedrichstraße 17 — Frau Sommerstein, Tempelhof, Kaiserin-Augusta-Straße 75 — Herr Hirsch, Verkäufer, Tauentzienstraße — Herr Paul Graßlunder, Motzstraße 66 — Frau Käthe Barz, Charl. Savignyplatz 6 — Herr Artur Bernadelli, Spandau, Charlottenstraße 29 — Frau Ulrich, Umlandstraße 110 — Frau Martha Becker, Neuk., Kaiser-Friedrich-Straße 237 — Frau Hedwig Körner, Wallstraße 66 — Herr Max Schulz, Verkäufer, Königstraße — Herr Wilhelm Paschen, Alexanderstraße 37a — Herr Paul Basch, Verkäufer, Lindenstraße 109.

Die zweite Namenliste folgt bald. Vielleicht enthält sie auch Ihren Namen! Rauchen Sie frohen Gesichts Massary Delft. Herr X kann Ihnen jeden Augenblick begegnen.

MASSARY-ZIGARETTENFABRIK A.G.



Die 50 Mark, ihr Leben, sind schließlich bald verrentet. Doch eins ist euch geblieben: Erkenntnis ward gewonnen.

Man kann mit kleinem Sachverstand auch nach 1000 Stunden noch recht richtig machen: Prokrasta hat Delft im Munde!

In diesen hat ihr Streben, zu helfen und sich um euch trauen Mut zu geben, der Marke wahr die Treue!

Von der Massary-Zigarettenfabrik A.G. Berlin habe ich die öffentlich ausgeschriebene Sponde zur Hebung der Lebensfreudigkeit in Höhe von

M. 50.- (Fünfszig Reichsm)

erhalten. Ich bin damit einverstanden daß mein Name in den Zeitungen veröffentlicht wird

Name: M. Donski

Stand: Kaufmann

Genau Adresse: N. 18, Lehmann, Allee 730

BERLIN S. 42

Nach Amerika.

Von Wilhelm Soffmann.

Nächtlicher Spuk.

Unbestritten gefängnistundige Leute wie der Präsident des Deutschen Reichstags urteilen: „Lieber 30 Tage Gefängnis als drei Tage festkrank; lieber noch einmal ins Kittchen als noch so eine Ozeanfahrt!“ Indes hat der Meerergott seinen Lieblingen noch besondere Ueberraschungen aufgespart. Rudenzauber auf Reptuns Art ist eine davon. Man liegt in schwerem Schlaf und träumt von einem Bett, das nicht Karussell fährt, sondern auf festem Boden steht. Plötzlich ein Knall, ein Rauschen, ein Gießen und ein Schrei: der Sturm hat das runde Kabinenfenster aufgerissen. In Kubitmeters Schwappt das Meerwasser in die Kabine. Der Seefranke, der eben noch glaubte, nicht stehen zu können, führt einen Heldenkampf, um den Atlantischen Ozean in seine Bahnen zurückzuweisen. Alarm! Rettung in Unterhosen auf den Flur. Heizer eilen herbei, um das verwässerte Boudoir auszuschöpfen. Das Fenster wird ersetzt, und gegen Morgen schon kann sich der Aufgeschreckte in die vorübergehende in ein Aquarium verwandelte Kabine zurückziehen. In der Frühe aber weckt ihn der Schiffstrompeter mit der Ermunterung: „Freut euch des Lebens, weil noch das Lämpchen glüht. ...“

III. Klasse und darunter.

Die drüben in der III. Klasse sind von den Kajütenpassagieren durch ein Gitter getrennt. Vielleicht haben sie dadurch nicht viel verloren. Hinter dem Gitter ist jedenfalls mehr Leben als auf den Kajütenbänken. Während man hier steif promeniert und nur allmählich das Getöse einer wohltemperierten wärmeren Stimmung weicht, helfen sich die drüben schon von der ersten Stunde an über die doch für manche sehr schicksalsschwere Fahrt hinweg. Ein Gefangener hat sich konstituiert. Sein Dirigent übt, als wolle er in Amerika mit seinen Sängern eine Weltmeisterschaft erringen. Immer wieder sehnsuchtsvolle Melodien. Das deutsche Volkslied zieht mit der großen Liebe zur Heimat noch in ihren verstohlenen Kindern über das Weltmeer.

Unter allen Decks aber lebt und arbeitet eine Welt für sich. Da ist die Menge Menschen, die für die schwimmende Bevölkerung einer Kleinstadt Nahrung verwaltet und bereitet, die reinigt und putzt und ordnet und sorgt. Und tiefer noch das Herz des Schiffsfloßes: der Maschinenraum. Hilflos ist der rechnende und beobachtende Kapitän dort oben, rettungslos verloren sind all die stolzen Damen und Herren auf den Decks, wenn nicht im glühheißen Maschinenraum und bei den Heizern, deren Arbeitshöhle wahrhaft eine Hölle ist, der letzte Mann seine Pflicht tut. Es ist wie in Staat und Gesellschaft. Die Genießenden kennen diese Welt nicht, aber sie ist da, und auf ihr ruht der ganze Menschheitsbau.

Als wir wieder auf das Deck der dritten Klasse hinaufsteigen, empfängt uns dort ein eindrucksvolles Bild. Man hat unseren Genossen Lölle erkannt und begrüßt. Er steht mit seinem frohen Wanderburschengeficht zwischen den Auswanderern, ein Arbeiter wie sie. Einer stimmt an und Lölle singt mit allen: „Sch ein Knab' ein Röslein sieh'n“. Oben drängen sich die Amerikaner an die Geänder des Decks. Vielleicht läßt sie dies kleine Erlebnis mehr von einem neuen Deutschland ahnen als eine lange Reise durch das Reich: Ein deutscher Arbeiter, Präsident des Deutschen Reichstages, ohne Titel und Orden, schlicht wie alle, im Kreise deutscher Arbeiter und ein Lied auf den Lippen, das seines Volkes größter Sohn aus der Seele seines Landes und Volkes schuf. (Fortsetzung folgt.)

Der Bernstein.

Von Otto Behrens.

Der Bernstein, dessen elektromagnetische Eigenschaften man schon vor Christi Geburt erkannte (erwärmt man ein Stückchen Bernstein durch Reiben, so zieht es Papierschnitzel an) und dem die Elektrizität ihren Namen verdankt (Bernstein heißt auf griechisch „Electron“), ist aus dem Harz von Nadelhölzern entstanden, die vor Millionen Jahren in üppigen Wäldern an der Stelle gediehen, wo sich heute der südliche Teil der deutschen Ostsee befindet. Meeresinbrüche zerstörten die Wälder, während das Harz unzerstört blieb und durch Gletschertransporte der späteren Eiszeit in tonigen Sandablagerungen abgelagert wurde. Diese Schichten, „blaue Erde“ genannt, die heute den Gegenstand der bergmännischen Gewinnung des Bernsteins bilden, sind auf der ganzen Welt nur an einer einzigen Stelle, nämlich bei Palmniden, an der Ostküste, in der Nähe von Königsberg, hier allerdings in erheblicher Ausdehnung, erhalten geblieben. Aus ihr werden heute meistens die größten Mengen des in den Handel kommenden Bernsteins gewonnen, wogegen wesentlich kleinere Mengen ebenfalls an den Küsten der Ostsee aus dem Meere gefischt werden. Während bei der primitiveren Methode des „Schöpfens“ oder „Stehens“ die Fischer mit sogenannten „Rädhern“, d. h. Sadnehen, in die See gehen und auch die Bernsteinstücke aus dem am Strande angeschwemmten Seetang lesen, wird andererseits der Bernstein, wie bereits gesagt, durchweg bergmännisch, und zwar im Tagebau, gewonnen, wogegen der noch bis zum Jahre 1923 bestehende Tiefbau (Grubenbetrieb), wo die Bergleute in den, schon durch die unmittelbare Nähe des Meeres bedingten, wassertiefen Schächten kein beneidenswertes Dasein führten, eingestellt worden ist.

Beide Gewinnungsarten, also sowohl die bergmännische als auch die des Fischens bzw. Sammelns, betreibt der preussische Staat durch die von ihm gegründete Preussische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft, Zweigniederlassung Bernsteinwerke Königsberg, nachdem das Ruhestückrecht einer Königsberger Privatfirma, die ihre Monopolstellung auf dem Bernsteinmarkt in rücksichtslosester Weise ausgenutzt hatte, durch gesetzlichen Beschluß entzogen wurde.

Bei Palmniden sind nun heute zwei große, elektrische angetriebene Elmerbagger mit einer täglichen Leistung von je 4000 Kubikmeter, von denen einer als Hoch-, der andere als Tiefbagger in Funktion tritt, an der Arbeit, zunächst das etwa 30—40 Meter mächtige, aus Fliesanden, Mergel, Kies und Geröll bestehende Deelgebirge abzuräumen, um die darunter liegende, bis zu 6 Meter starke, bernsteinführende blaue Erde freizulegen. Die erheblichen Anforderungen, die der Abräum an die Leistungsfähigkeit der Bagger stellt, werden klar, wenn man bedenkt, daß jährlich etwa 2½ Millionen Kubikmeter Erde gefördert werden müssen.

Die Gewinnung der blauen Erde selbst, die etwa 1 Kilogramm Bernstein in einer Tonne enthält, erfolgt durch sogenannte Pöfelbagger von 2 Kubikmeter Inhalt. Das Baggergut wird in eiserne Wagen gestürzt und zur „Wäsche“ gefahren, wo die Erde auf Kosten und Sieben durch kräftige Druckwasserstrahlen von den Bernsteinstücken gelöst wird. Während letztere auf diese Weise zurückgehalten werden, fließt die „Trübe“ ins Meer.

Die technische Anlage des Tagebaues der Bernsteinwerke, für die sich Vorbilder in großen Braunkohlengruben Mitteldeutschlands

und des Rheinlandes fanden, erfordert einen Aufwand von nahezu 6 Millionen Mark. Die Jahresförderung dürfte auf nahezu 500 000 Kilogramm Rohbernstein kommen, deren Wert mehr als 5 Millionen Mark beträgt. Die im staatlichen Bernsteinbau und seinen Nebenbetrieben beschäftigte Arbeiterzahl beträgt zurzeit etwa 1000 ständige Arbeiter und 200 Hausgewerbetreibende, so daß der Bergbau in dem sonst industriearmen Ostpreußen eine immerhin bemerkenswerte Arbeitsgelegenheit schafft. Dem preussischen Staat ist aus dem Betriebe ein jährlicher Reingewinn von durchschnittlich 1—1½ Millionen Mark erwachsen.

Ist der Bernstein nun von den ihn anhaftenden Erdrteilen befreit, so wird die den Kern umgebende Verwitterungsrinde mit Hammer und Hobelisen befreit. In rotierenden Trommeln werden dann alle etwa noch vorhandenen Fremdkörper mittels Sand und

Masarbeit.



— „Ist das Kleid für die Verolina am Halbe nicht etwas eng? Sie wird darin kaum Luft bekommen!“
— „Was braucht sie Luft zu schnappen! Wenn nur die Kermel bequem genug sind, damit sie tüchtig für uns arbeiten kann!“

Wasser abgeschliffen, so daß der reine Stein nach Form, Größe und Farbe sortiert werden kann. Hierbei sei bemerkt, daß man im Handel 250 verschiedene Sorten unterscheidet; der Bernstein läßt somit an Vielfältigkeit der Darstellung nichts zu wünschen übrig! Je nachdem, wie sich die Stücke am besten eignen, werden sie an die in- und ausländische Drechslerwarenindustrie abgesetzt. Während man die runden Stücke zu Perlen verarbeitet, dienen die flacheren, größeren Plattenstücke zur Anfertigung von Zigarren- und Zigarettenspitzen oder Mundstücken zu Pfeifen und Spitzen aus Holz, Keerschäumen usw.

Aus den angegebenen Produktionszahlen geht schon hervor, daß auch die Bernstein verarbeitende Drechslerwaren-Industrie einen bedeutenden Umfang haben muß. Während Perlen und anderer Schmuck hauptsächlich in Danzig, Königsberg und Berlin hergestellt werden, hat die Zigarren-, Zigaretten- und Pfeifenfabrikation ihren Hauptsitz im Thüringer Wald, wie in Tabarz, Schwarzhauzen, Fischbach, Thal, Ruhla usw., wo die sogenannte Hausindustrie heimisch ist, in der sich die ganze Familie tagaus, tagein mit nichts anderem als drehen, bohren, schleifen und polieren beschäftigt, und wofolst leider eine der kräftigsten Lohnbrückerinnen zutage tritt! Ein bitterer Wermutstropfen, wenn man die schönen Gegenstände betrachtet und bedenkt, daß hier in der Tat manche Perle eine Träne bedeuten mag!

Die ersten fünf Roten im Roten Hause.

1883er Reminiscenzen von Adolph Hoffmann.

(Schluß.)

Manchem so attadierten Wähler, der sicher, als er von Hause fortging, nicht daran dachte, einen Sozialdemokraten zu wählen, wurde die Notwendigkeit auf dem Wege zum Wahllokal durch die Hufe der Schuhmannspferde beigebracht. Und zu solchem Entschluß gehörte bei dem öffentlichen Wahlrecht für den Betreffenden immerhin allerlei.

Verhaftungen und Sistierungen erfolgten an diesem Tage in Masse.

Ein empörtes Wort über das Vorgehen der Verititten oder auch nur ein Lachen über eine komische Situation, in welche ein besonders eifriger Blauer Kavallerist geriet, genügte, um festgenommen zu werden. Wurde doch ein Arbeiter verhaftet, der, als bei einem energischen Ritt ein Schuhmannspferd mit dem Kopf in den Fleischerladen geriet, belustigt rief: „Der Joffe sucht im Wurschtstiel Erbsung von der Biecher!“

Es war ganz klar, daß alle diese Dinge die Stimmung immer erregter werden ließen. Hier und da ertönten Hochrufe auf August Harold, auf den Kandidaten der Arbeiterpartei, welche Rufe jedesmal die jähliche und uniformierte Polizei in rotierende Bewegung setzten. Erscholl gar ein Hoch auf die verbottene Sozialdemokratie, dann wurde der Sturm auf den Attentäter durch die Blaue-Kavallerie verstärkt.

Die Schleppe für Professor Bullenweber, darunter Studenten mit Conleurband, setzte mit Hochdruck und einem Wagenpark ein, wie es Berlin noch nicht gesehen hatte. Mit Rauschen und Drofschen wurden die Wähler herangezogen.

Wir gaben die Parole aus, es sollte, wer von unseren Wählern irgend Gelegenheit dazu habe, die Wagen benutzen. Das gab natürlich die alligsten Situationen.

Manche, die vielleicht ihr Leben lang noch in keiner Kutsche gefahren, sprangen vor dem Wahllokal freudig aus derselben mit dem Ruf: „August Harold soll leben!“ Die begleitenden Kommissionen standen dann mit nichts weniger als intelligenten Gesichtern da. Ihnen kam aber die Polizei zur Hilfe und führte den Hochrufer zur Wache.

Da die Gefahr nicht ausgeschlossen war, daß angeblühte Schwierigkeiten bei Feststellung des Nationalen als Bormand dienen konnten, den Betreffenden dort zu behalten, wodurch seine Stimme

verloren ging, mußten wir jeden „Transportierten“ vor dem Aussteigen warnen, ein Hoch auf August Harold auszubringen, da er sonst verhaftet würde. Was wieder bei manchem Spieler ein so dummes Gesicht ob solcher Zumutung hervorrief, daß ringsum schallendes Gelächter die Luftung war.

Schließlich verbot die Polizei auch das wegen „Beeinflussung und Belästigung der Wähler“.

Endlich sei noch eine Verhaftung erwähnt.

Die Zettelausteiler standen auf dem Schulhof — von der Straße waren sie durch die Polizei vertrieben —, als ein Maurer, von zwei Studenten direkt vom Bau geholt, aus einem „Landauer“ stieg und ihm auf dem Schulhof als erster ein eifertiger Antisemit entgegentrat, ihm mit voller Hand einen vorgehobenen Stimmzettel entgegenhielt mit den Worten: „Bitte, Herr Professor Bullenweber.“

Der Maurer schob so energisch die hinnehaltende Hand zurück, daß alle Zettel in den Schmutz fielen, und er regnete: „Wir wollen keinen Weber, wir wollen en Tischler!“ Alles lachte, die Studenten tiefen entrüstet nach dem Schuhmann und die, r führte den Verbrecher ab. Seine Stimme ging tatsächlich verloren, weil er bis Schluß des Wahlaktes nicht entlassen war.

Auch am Wahltag gestalteten sich die Dinge manchmal tragikomisch.

Die Stimmzettel wurden bei der öffentlichen Stimmabgabe nicht abgegeben, sondern der Name desjenigen, den man wählen wollte, mußte laut und deutlich genannt werden, wobei es vorfam, daß Geschäftsleute jüdischer Abkunft, die von einem „guten Kunden“ zum Wahltag geschleppt waren, aus Angst, die Kundenschaft einzubüßen, den Antisemiten wählten.

Die Stimmzahl der bei der Stichwahl Kandidierenden konnte bei der öffentlichen Stimmabgabe selbstverständlich jeden Augenblick festgestellt werden. Und am Nachmittag stand es um unseren Kandidaten recht schlecht. Aber je näher der Abend kam, desto höher stiegen seine Chancen.

Die Schleppe arbeiteten im Schweiß ihres Angesichts. Die Karossen der Antisemiten trabten hin und her. Aber immer größer ward die Zahl der Wähler, die, von zwei antisemitischen Transporteuren in die Mitte genommen, um sie vor jeder Beeinflussung zu schützen, und, an den Wahltag geführt, auf die Frage des Wahlvorstehers: „Wen wählen Sie?“, die Worte ertönen ließen: „August Harold!“

Die Transporteure liefen blutrot an und verließen mit einem Fluch auf den Lippen das Wahllokal, um ein neues Opfer aufzufuchen.

Arbeit ist des Bürgers Pflanz.
Segen ist der Nähe Preis.

Dieses Schillerische Wort empfand wohl jeder Sozialdemokrat, der mitgearbeitet hatte, als der Wahltag geschlossen und der Sieg August Harold's, des fünften sozialdemokratischen Stadtoberordneten, verkündet wurde.

Der Jubel war so unbeschreiblich und pflanzte sich mit Windeseile aus der engen Rüderschörter Straße über ganz Berlin und darüber hinaus fort. Keine Feder ist imstande, ihn zu schildern.

Ich will nur hoffen, daß am 25. Oktober 1925, 42 Jahre später, die Genossen einen gleichen Jubel erleben, wenn sie verkünden können: Das rote Berlin leuchtet zu neuen Siegen der Sozialdemokratie in Deutschland, in der Welt voran!

Wie Charles Darwin arbeitete.

Als ein Vorbild geistiger Kraftökonomie, die auf eine tiefe Erkenntnis der eigenen Fähigkeiten und Anlagen gestützt war, schildert Geh. Medizinrat Dr. Richter in der Leipziger „Blutritter Zeitung“ die Art, wie Charles Darwin sein Lebenswerk mit äußerster Konsequenz verfolgte. Dabei glaubte Darwin selbst, in seinen Anlagen schwere Hemmungen für seine Arbeit zu haben. Von der Schule erklärte er, sie hätte als Mittel der Erziehung für ihn keine Bedeutung gehabt, er wäre während seines ganzen Lebens unfähig geblieben, die Schwierigkeiten der Erlernung irgend einer Sprache zu besiegen. Weiter sagte er von sich, er habe nicht die Schnelligkeit der Auffassung und die geistige Beweglichkeit wie viele andere, er sei nur ein sehr mittelmäßiger Kritiker und habe nur eine äußerst beschränkte Fähigkeit, einer längeren Reihe abstrakter Gedanken, wie in der Mathematik und der Metaphysik, zu folgen. Sein Gedächtnis sei zwar ausgezehrt, aber untergeordnet und verworren, er könne sich kein einfaches Datum merken und seinen Vers behalten. Seine Kombinations- und Erfindungsgabe, sein scharfer Menschenverstand und Urteil seien die eines mäßigen Advokaten oder Arztes. Und dieser Mann, der sich so wenig mit den Gaben des Besten ausgerüstet wähnte, hat in 40 Jahren fleißigster Arbeit ein Lebenswerk geschaffen, das das Antlitz der ganzen Wissenschaft grundtiefend geändert hat. Dabei war er so schwach und lebend doch er in seinem einfachen Landhause nicht einmal seine Freunde empfangen durfte. Nur mit seinem Garten und seinen Büchern beschäftigte er sich. Die Art seiner geistigen Arbeit war die, daß er zunächst, wie die meisten Dichter, einen lächerhaften und unbestimmten Entwurf seiner Arbeiten machte. Offenbar sah er seinen Gedanken zunächst als Bienen, wie alle großen Kinder war er Phantasemensch, kein trockener Tatsachenschauber, für den man ihn halten wollte. Nach dem ersten Entwurf kam die Arbeit des Ordnen und Siehens des Stoffes, auf die viel Zeit verwandt wurde. Darwin machte nun einen feineren kurzen Entwurf in großen Hinweisen auf zwei bis drei Seiten. Einige Worte, manchmal auch nur ein einziges, bezeichneten eine ganze Frage oder eine Reihe von Tatsachen, die er im Kopfe trug. Dann wurde jeder Punkt dieser Disposition durch Ausbau und Vermehrung des Materials bestimmter gestaltet, ehe die Ausarbeitung begann. So konnte Darwin stets mehrere Thematika gleichzeitig unter den Händen haben, und er hat in vierzigjähriger Arbeit dreißig bis vierzig große Notizbücher, die etikettiert waren, mit Notizen, Abrissen und Detailarbeiten aller Art angefüllt. In den vielen Büchern, die er sich kaufte, legte er ab der letzten leeren Seite ein genaues Verzeichnis der Tatsachen in dem Buche an, die sich für seine Arbeiten eigneten; aus fremden Büchern machte er sich Auszüge. Mehr als zwei Stunden arbeitete er nicht hintereinander; danach ging er aus, um seine Alltagsgeschäfte zu besorgen, und wenn er zurückkam, setzte er sich wieder an die Arbeit. So war er imstande, sein reiches Lebenswerk auszuführen. Wie alle jarten Menschen, litt er sehr unter Kälte und Hitze und auch im Hause trug er immer einen dicken Schal um den Nacken und große Stiefel, die innen mit Zeug gefüttert waren, über den Hausschuhen. Bei der Arbeit erhitzte er sich leicht, und zog dann, wenn er nicht nach Wunsch vorwärtskam, den Leberrock aus, den er auch im Hause meistens trug. Er war ein Frühaufrücker, und die Zeit zwischen 8 und 10 Uhr früh war seine beste Schaffenszeit. Nach halbständiger Pause arbeitete er wieder bis 12 Uhr. Beim Dittieren brach er plötzlich ab: „Ach glaube, ich muß Schluk machen“, und oft wiederholte er das Motto seines Lebens: „Wir gelangen dazu, unsere Arbeit nach der Minute zu messen.“

Körpergewicht und Gehirn. Als extreme Beispiele des Verhältnisses von Körpergewicht zu Gehirngewicht nennen wir den Menschen und den Balfisch. Bei ersterem ist das Verhältnis 1 : 43, bei letzterem 1 : 25 000!

